

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Flottenvorlage heraus!

Die neue Flottenvorlage ist am Montagabend von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht worden. Sie besteht, wie zu erwarten war, in der Forderung, das Dienstalter der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre herabzusetzen. Nach der Durchführung dieses neuen Prinzips würde sich, wie es in dem Entwurf des neuen Flottengesetzes heißt, folgender Bauplan ergeben:

Erfahrungsjahr	Linienschiffe	Große Kreuzer
1908	3	1
1909	6	—
1910	1	—
1911	2	—
1912	2	—
1913	—	—
1914	1	—
1915	—	4
1916	1	2
1917	1	—
Summe	16	7

Die Regierung legt jedoch einen anderen Bauplan vor. Sie will bis zum Jahre 1917 nicht, wie das die eigentliche Konsequenz der Herabsetzung des Dienstalters wäre, 16, sondern 17 Linienschiffe auf Stapel legen, dagegen statt der 7 großen Kreuzer nur deren 6. Der Ersatz für den ausgefallenen großen Kreuzer soll nach 1917 vorgenommen werden.

Der von der Regierung geforderte Bauplan sieht folgendermaßen aus:

Erfahrungsjahr	Linienschiffe	Große Kreuzer
1908	3	—
1909	3	—
1910	3	—
1911	2	—
1912	1	1
1913	1	1
1914	1	1
1915	1	1
1916	1	1
1917	1	1
Summe	17	6

Das Mitteilungsblatt des Flottenvereins, das bemerkenswerterweise zu gleicher Zeit wie das offizielle Organ die Flottenvorlage veröffentlichte, findet die neue Flottenvorlage viel zu bescheiden! Bis zum Jahre 1917 nur drei Linienschiffe mehr, als nach dem Flottengesetz vom 14. Juni 1900 vorgesehen sei, auf Stapel gelegt werden sollten, sei doch lächerlich wenig. Warum habe die Regierung nicht gleichzeitig mehr große Kreuzer verlangt, warum habe sie nicht wenigstens auch die Lebensdauer der kleinen Kreuzer herabgesetzt? Wir werden gleich sehen, daß der Flottenverein im Grunde alle Ursache hätte, mit der Flottenvorlage zufrieden zu sein! Geradezu komisch aber wirkt die Frage: „Und warum werden dann die Schiffe nicht so ersetzt, wie sie tatsächlich nach der neuen Vorlage zum Ersatz heranziehen mußten?“

Man braucht nur die in der Vorlage vorgeführten beiden Tabellen ein wenig genauer anzusehen, um sofort die Antwort auf diese Frage zu erhalten!

Wenn wir die Bauperiode 1908—1913 betrachten, so würden bei genauer Innehaltung des Prinzips des Ersatzes dreizehn Linienschiffe und ein großer Kreuzer auf Stapel gelegt werden — also fast genau so viel, wie die Regierungsvorlage tatsächlich fordert. Die Regierungsvorlage verlangt sogar bis zum Jahre 1913 die Herstellung zweier großer Kreuzer, d. h. noch einen Kreuzer mehr, als bei Innehaltung des Prinzips der Herabsetzung des Dienstalters auf 20 Jahre gebaut werden müßten! Die Regierungsvorlage kommt also den Wünschen des Flottenvereins durchaus entgegen! Die Herren haben die Vorlage offenbar nur sehr flüchtig gelesen!

Um aber die wahre Bedeutung der Vorlage richtig zu erkennen, muß man den neuen Bauplan mit dem des Flottengesetzes von 1900 vergleichen. Nach diesem wären in den Jahren 1908 bis 1911 nur 6 Linienschiffe auf Stapel zu legen. Die neue Flottenvorlage fordert deren 11, also 5 mehr! Und wenn die Regierungsvorlage gnädigst in dieser Zeit auf den Ersatzbau von zwei großen Kreuzern verzichtet, die nach dem Flottengesetz von 1900 fällig wären, so hat sie diese Konzession durch die Flottenvorlage vom Jahre 1906 bereits reichlich kompensiert. Diese Flottenvorlage verlangt nämlich, daß von 1908—1911 drei große Kreuzer als Neubauten auf Stapel gelegt werden! Man sieht: gegen das Flottengesetz von 1900 sollen 1908 bis 1911 in Wirklichkeit fünf Linienschiffe und ein großer Kreuzer mehr auf Stapel gelegt werden! Die Regierung hält es eben mit der Praxis: heute mehr Linienschiffe, morgen mehr Panzerkreuzer zu fordern!

Wenn aber die Regierung schließlich meint, die Gesamtkosten der Aenderung des Gesetzes belaufen sich bis 1917 nur auf die Kosten von drei Linienschiffen, so ist das denn doch eine Spekulation auf die Naivität des Publikums! Denn es ist ganz zweifellos, daß wir bis zum Jahre 1917 bereits diverse neue Flottenvorlagen bekommen werden!

Die Regierung ist nur deshalb so „bescheiden“, weil sich die Wirkung der neuen Vorlage gerade in den nächsten vier Jahren äußert! Wenn sie auf Grund der neuen Vorlage bis 1911 nicht weniger als fünf Linienschiffe mehr auf Stapel legen kann, so kann sie leicht so tun, als fordere sie für zehn Jahre nur vier Linienschiffe mehr und gar einen großen Kreuzer weniger! Im Jahre 1911 spätestens wird eben wieder eine neue Flottenvorlage kommen, die den Bauplan von 1907 gründlich über den Haufen wirft. Dann hat sie ihre fünf Linienschiffe für vier Jahre mehr und kann für die sechs folgenden Jahre beliebig viel neue Schiffe fordern!

Betrachten wir aber, wie das nach den Erfahrungen von 1898, 1900 und 1906 einzig richtig ist, die Baupläne der nächsten vier Jahre, so ergibt sich gegen das Gesetz von 1900 folgender finanzieller Effekt: fünf Linienschiffe à 40 Millionen kosten 200 Millionen. Die sechs bereits nach dem Gesetz von 1900 fälligen Linienschiffe kosten pro Schiff 16 Millionen mehr gleich 96 Millionen. Ein großer Kreuzer kostet ebenfalls heute bereits seine 40 Millionen. Gegen den Anschlag von 1900 macht das also insgesamt einen Mehrbetrag von 336 Millionen Mark!

Man sieht, wie rührend „bescheiden“ unser Marinismus ist! Zum Schluß noch ein Kuriosum der neuen Vorlage. Es heißt in dem Entwurf:

„Der militärisch-technische Geburtsort eines Schiffes ist nicht der Tag der Bewilligung der ersten Rate, sondern der Zeitpunkt der endgültigen Festlegung der Konstruktionsgründe zu legenden militärischen und technischen Anforderungen. Ferner erfolgt die Austrangierung eines Schiffes nicht dann, wenn die erste Rate des Erbschiffes bewilligt wird, sondern erst dann, wenn das Erbschiff fertiggestellt ist und in den Frontdienst eintritt. Infolgedessen sind die Linienschiffe bei ihrer Austrangierung nicht 25, sondern in Wirklichkeit etwa dreißig Jahre alt. Sie sind dann, wie die Erfahrung in allen Marinen gelehrt hat, völlig überaltert und zur Verwendung in der Schlacht in den letzten Jahren nicht mehr brauchbar gewesen.“

Nach der Ansicht der Marineverwaltung ist also jedes Schiff bei seiner Fertigstellung entsprechend der benötigten Bauzeit — bereits mehrere Jahre alt! Unsere Marinebehörden scheinen ganz zu vergessen, daß auch in allen anderen Ländern die Linienschiffe erst gebaut werden müssen und daß noch in keinem anderen Lande Panzerkorssen über Nacht durch Panzerprahm entstanden sind. Und die Regierung scheint weiter nicht zu wissen, daß die erste Bau-rate für das Erbschiff nicht erst 25 Jahre nach der Indienststellung bewilligt wird, sondern schon 25 Jahre nach der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes. Bal. § 2 des Flottengesetzes von 1900! Der Zeitraum vom Tage der Bewilligung der ersten Rate des alten Schiffes bis zum Tage der Bewilligung der ersten Rate des Erbschiffes ist aber gleich dem Zeitraum, der von dem Indiensttreten des alten Schiffes bis zur Einstellung des Erbschiffes in den Frontdienst verstreicht!

Wie hier also im Kleinen eine Täuschung versucht wird, so ist der ganze neue Entwurf nichts anderes, als ein plumper Hebertölpelungsversuch des Volkes und der Steuerzahler!

Neue Lasten.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ setzt ihre Veröffentlichung über den Reichshaushalt fort. Wir haben schon betont, daß der Etat für die Kolonien über die neuen Forderungen, die Herr Dernburg angehängt hat, keine Aufschlüsse bietet. Hier kommt das die Kunde noch nach. Auffallend hoch ist der Reichszuschuß, den unsere herrlichste Kolonie Deutsch-Südwestafrika noch immer fordert. Er beträgt, wie bereits mitgeteilt, noch immer etwa 2 1/2 Millionen Mark, eine Summe, die selbst das kolonialfreundliche „Berliner Tageblatt“ „ungeheuerlich hoch“ findet. Neben den Kolonien fordert aber sowohl der Land- als der Seemilitarismus neue Opfer. Selbst der Luftmilitarismus kündigt sich schon schüchtern an, indem zur Unterstützung der Zeppelinischen Luftschiffunternehmen 2 150 000 M. gefordert werden. Würde die Luftschiffahrt nur Kulturzwecken dienen, dann wäre diese Summe sicherlich nicht so rosch flüssig gemacht worden.

Der Militäretat hat in den fortdauernden ordentlichen Ausgaben von 522 920 216 M. die halbe Milliarde überschritten. Gegen das Vorjahr ergibt sich ein Mehr von 24 044 155 M. Die einmaligen ordentlichen Ausgaben betragen 66 392 520 M. (plus 11 800 634 M.), die außerordentlichen Ausgaben 40 003 300 M. (minus 1 141 100 M.). Im ganzen zeigt der Militäretat eine Steigerung von circa 35 Millionen. Zur Beschaffung des Naturalienbedarfes sind 74 292 208 M. angelegt. Er ergibt sich demnach gegenüber dem laufenden Jahre eine Mehrausgabe von 10 896 427 M. Die letzte Ziffer ist sehr interessant. Diese Mehrausgabe ist notwendig geworden durch das Steigen vor allem der Lebensmittelpreise. In ihr zeigen sich Folgen des Zollwuchers. Der Marineetat bringt gleichfalls eine Steigerung der ordentlichen Ausgaben um 23 Millionen. Dazu kommt eine Steigerung der außerordentlichen Ausgaben von fast 33 Millionen und der Anleihezuschuß von 64 1/2 Millionen. Im ganzen erfordert der Marineetat eine Gesamtausgabe von 339 323 724 M., also mehr als eine Dreihundertmillion. Die Steigerung des Geldbedarfs ist vorzüglich geschuldet einer Verstärkung der Küstenbesetzung, Mehrausgaben auf dem Gebiete der Schiffsbauten und Armierungen, sowie einer Vermehrung der Unterseeboote. Im ganzen werden für Schiffsbauten und Armierungen zusammen 171 010 000 M. beansprucht, um 42 540 000 M. mehr als im Vorjahr. Militär und Marine erfordern so ohne den An-

leihezuschuß von 64 1/2 Millionen ungefähr 96 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Trotzdem die wirtschaftliche Lage kritisch ist, wird ohne jede Rücksicht immer weiter gerüstet. Man macht sich eben nicht die geringste Sorge darum, wie diese Mehrausgaben zu decken sind. Man verfügt ja über die zu allem bereite Blodmajorität und die Befehlshaber können sicher sein, daß nicht sie es sind, die die nötigen Einnahmen aufzubringen haben werden. Die Befehlshaber bestimmen die Ausgaben und zugleich die Deckung dieser Ausgaben durch die Befehlshaber.

Zugleich zeigen die Einnahmen, daß die Steuerreform des Herrn v. Stengel trotz der Hochkonjunktur für die Deckung des Bedarfs lange nicht ausreicht. Die Hofmarksteuer liefert nur 23 1/2 Millionen. Von der Automobilststeuer erwartet man kaum 2 Millionen, von der Lantiensteuer erwartet man 5,9 Millionen. Ergiebiger sind dagegen die Zigarettensteuer mit 14 Millionen, die Frachturkundensteuer mit 15,6 Millionen, die Grunderwerbsteuer mit 55,2 Millionen und die Erbschaftsteuer mit 42 Millionen. Die Zölle lieferten von den Gesamteinnahmen, die sich auf 1 258 032 680 Mark (plus 70 351 560 Mark) belaufen, etwas mehr als die Hälfte, nämlich 686 974 000 M. Sie sollen 68 600 000 M. mehr als im Vorjahre erbringen. Von diesem Ueberschuß gehen nach der Ley Trimbörn, die jetzt zum ersten Male in Kraft tritt, 53 Millionen für die Witwen- und Waisenversorgung ab. Eine lächerliche Summe, wenn man bedenkt, daß sie nur einen kleinen Teil des Betrages ausmacht, den die Arbeiter in den höheren Lebensmittelpreisen an die Junker und den Fiskus haben abliefern müssen.

Soweit man aus den bisherigen Veröffentlichungen ersehen kann, wird es kaum gelingen, trotz des heißen Wunsches der Blodpartei ohne Steuern auszukommen.

Versicherung der Privatangestellten.

Am Sonntag fand in Frankfurt a. M. ein deutscher Privatbeamtenkongress statt. Vertreten waren u. a. der deutsche Technikerverband, der Leipziger Verband deutscher Handlungsgehilfen, der Hamburger deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der Verband deutscher Handelskommissar von 1888, der technisch-industrielle Bund, der deutsche Werkmeisterverband, der Magdeburger deutsche Privatbeamtenverein, der deutsche Zeichnerverband, der Verband der Gruben- und Fabrikbeamten usw. Auf der Tagesordnung sollte Stellung genommen werden zu dem Entwurf eines Privatversicherungsgesetzes, das von einer Siebennerkommission, die in verschiedenen deutschen Städten im Verlaufe der letzten Monate getagt hatte, ausgearbeitet worden war. Ueber den Weg, auf dem man zu einer staatlichen Pensionsversicherung gelangen könne, waren schon in dieser Kommission die Meinungen sehr verschieden, und die Gegensätze plakten hart aufeinander. Die Majorität, die vor allem von den kaufmännischen Vereinen gebildet wurde, verlangte die Einrichtung einer Sonderkasse. Im Gegensatz dazu traten die technischen Organisationen mit aller Schiedenheit für den Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung ein. Auch in der Ausschusssitzung, die bereits am Sonnabend stattfand, gerieten die beiden Richtungen scharf aneinander. In stundenlangen Debatten wurden die einzelnen Möglichkeiten einer Pensionsversicherung erörtert. Von der Mehrheit wurde hervorgehoben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Privatangestellten doch wesentlich anders seien, als die der Arbeiter, auf die unsere Invalidenversicherung doch einzig und allein zugeschnitten sei. Die Majorität erklärte im Ausschuss, daß sie die Einrichtung einer Sonderkasse für notwendig erachte, daß sie aber, falls die Regierung nicht damit einverstanden sei, sich schließlich auch mit dem Ausbau der Invalidenversicherung zufrieden geben müsse. Für eine solche Ergänzungsversicherung müßten aber dann folgende Mindestforderungen gestellt werden: a) dem Privatangestellten muß gegenüber den bisherigen Gehältern der Invalidenversicherung eine höhere Rente bewilligt werden; b) das Alter für das Recht des Rentenbezuges muß auf 65 Jahre festgesetzt werden; c) eine Witwen- und Waisenversicherung ist erforderlich; d) die Berufsunfähigkeit muß eingeführt werden; e) den Versicherten müssen in der Verwaltung größere Rechte eingeräumt werden, als es in der heutigen Invalidenversicherung der Fall ist. — Für diese Mindestforderungen einer eventuellen Ergänzungsversicherung fand sich eine große Majorität. — Darauf wurde die Siebennerkommission aufgelöst, weil ihre Arbeit erfüllt war.

Am Sonntag wurden die Beschlüsse der Ausschusssitzung einer Massenversammlung von Privatangestellten im Hippodrom vorgelegt. In der Versammlung, die von Ehlers-Frankfurt geleitet wurde, ging es sehr stürmisch zu. Gleich zu Beginn der Verhandlungen kam es zu tumultuarischen Szenen, weil die Mitglieder der in der Minderheit befindlichen technischen Gruppe dagegen protestierten, daß nur drei Referate gehalten und in keine Diskussion eingeleitet werden sollte. Sie stellten den Antrag auf Diskussion, den der Vorsitzende aber ablehnte. Darauf erhob sich ein fürchterlicher Lärm, der erst sein Ende fand, als die technische Gruppe in Stärke von etwa achthundert Mann den Saal verließ. U. a. trennten sich so von der Kundgebung die Mitglieder des deutschen Werkmeisterverbandes, des deutschen Gruben- und Fabrikbeamtenverbandes, des Bundes der technisch-industriellen Beamten, des deutschen Zeichnerverbandes.

Dann folgten Vorträge ohne Diskussion. Bei der Abstimmung wurden von der Kampfabstimmung die Vorschläge des Ausschusses mit mehr als 1/2 Mehrheit angenommen. Sämtliche Forderungen, die jetzt die sogenannten Privats-

Die Interlions-Gebühr

Beitrag für die hochgehaltene Kolonialgesetzgebung über deren Raum 10 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengrüße und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Angestellten stellen, sind seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie für alle Arbeiter gestellt, von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Die „nationalen“ Mittelständler verlangen jetzt, daß nur ihnen das gewährt werde, was den Arbeitern versagt ist. Diese Ausnahmestellung zugunsten der schlechter situierten Arbeiter verlangen sie als eine Art Belohnung für ihre reaktionäre Wahlhilfe. Das kam aus den Schlussfolgerungen des Redners Beschlag vom deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband deutlich heraus. Er meinte: Nach der ganzen Fassung der Denkschrift der Regierung sei es wohl möglich, daß eine Sonderversicherung gewährt werden könnte. Es sei kein Zweifel, daß, wenn die Regierung sie vorbereite, auch eine große Mehrheit im Reichstage dafür zu haben sein würde. Die Privatangestellten wären politisch unklug, wenn sie nicht nehmen würden, was sie bekommen. Die Zeit sei günstig, man dürfe sie nicht ungenutzt vorbegehen lassen.

Ein Ausbau der Versicherungsgegebung und eine Erweiterung der Rechte aller Versicherten ist dringend nötig. Das Ziel der angenommenen Anträge geht auf Zerspaltung der Arbeiterklasse durch Bevorzugung einer sogenannten neuen Mittelklasse auf Kosten der am schlechtesten gestellten Arbeiter. Mit diesem Ziel ist die übergroße Mehrheit auch der neuen Mittelklasse nicht einverstanden.

Marokko.

Des Gegenkulturs Marokko kriegsartige Operationen sind bislang nicht vom Glück begünstigt gewesen. Jetzt wird eine neue Niederlage seiner Truppen gemeldet. Nach einer Mitteilung aus Tanger hat am Freitag in der Umgegend von Mogador ein Gefecht stattgefunden, in dem die Streitkräfte der Anlus die Mahalla Marokko besiegten und ihre Verluste an Toten und Verwundeten beibrachten. Die Mannschaften Marokko flohen unter Hinterlassung ihres Gepäcks, ihrer Toten und ihrer Verwundeten.

In der Umgegend Casablancas hat am Sonnabend eine Abteilung französisch-algerischer Truppen 100 berittene Marokkaner in die Flucht geschlagen, die einen Teil des Zenabastammes, der sich den Franzosen unterworfen, beraubt hatten. Die flüchtigen Marokkaner ließen einen Teil der gestohlenen Pferde zurück, die auf Befehl des Generals Drube dem Zenabastamme zurückgeschickt wurden. Dieser ließ dem General durch eine Abordnung dafür seinen Dank aussprechen.

Frankreich und Spanien haben einen neuen Schritt zur Errichtung der Polizei getan. Aus Tanger wird vom 17. November gemeldet, daß der französische Gesandte Regnault und der spanische Gesandte Alabaria mit dem Nachsten Vorbesprechungen hatten über eine sofortige Organisation der Polizei, wie sie in Algerien vorgesehen ist. Der zur Erörterung gelangende Plan würde mit Rücksicht auf die Lage im Süden Marokkos im gegenwärtigen Augenblick die Bildung von Polizeikorps auf Tanger, Tetuan, Larraja und Rabat beschränken.

Bekanntlich fordert Frankreich das Recht, diese Polizeikorps aus französischen (und einigen spanischen) Truppen zu bilden. Die Einsetzung der Polizei würde also die Befehung der genannten Häfen durch französische Soldaten bedeuten — auf den Anteil der Spanier würde wahrscheinlich nicht mehr als einer der Häfen kommen.

Die europäischen Kulturpioniere in Casablanca.

Die „Humanität“ zu Paris veröffentlichte jüngst die Ergebnisse einer an Ort und Stelle angestellten Untersuchung über den letzten Anstoß zu den Ausschreitungen der Maurer in Casablanca, bei denen französische Arbeiter ermordet wurden, was bekanntlich den Anlaß zur Sühneexpedition der Franzosen, zur Befehung und zum Bombardement Casablancas gab. Das Ergebnis der Untersuchung lautet: Eine Anzahl französischer Finanzleute ließ sich in Casablanca nieder, um dort eine Eisenbahnlinie zu bauen. Kaltblütig begaben sie sich ohne Erlaubnis der Eigentümer auf maurische Grundstücke, um die Eisenbahnlinie abzusteden. Damit allein nicht zufrieden, führten sie die neue Linie über öffentliche Straßen und durch Privatbesitz und entweihten stempellos die Heiligkeit eines maurischen Friedhofes, indem sie die Linie direkt durch eine Reihe von Gräbern führten. Die Gräber wurden zerstört und die Knochen der Bestatteten rücksichtslos beiseite geworfen. Man kann sich denken, wie der Fanatismus der Maurer aufblühen mußte, als sie diese Grabschändung gewahr wurden. Das Resultat war die Ermordung der französischen Arbeiter, die für die Sünden der Kapitalisten fielen.

Die Herren hatten brave Vorarbeit für die „friedliche“ Durchbringung Marokkos geleistet.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. November 1907.

Die zweite Auflage des Liebknecht-Prozesses.

Wie wir entnehmen, hat der Oberstaatsanwalt am Kammergericht die Disziplinarlage gegen Karl Liebknecht erhoben, um ihm das Mandat als Rechtsanwalt abzuerkennen. Liebknecht soll jetzt wegen seines sogenannten Hochverratsprozesses, durch den er anderthalb Jahre Freiheitsstrafe zuerkannt bekam, auch noch die Existenz genommen werden! Es soll ihm also auf dem Disziplinarwege noch eine Strafe zuerkannt werden, die viel schlimmer ist, als die Freiheitsstrafe: Existenzentziehung auf Lebenszeit!

Nur immer zu, Ihr Herren, Ihr öffnet dem Volk die Augen. Wie schreiben's zum Übrigen! —

Ein ausländisches Urteil über die preussische Ausweisungspraxis.

Die massenhaften Ausweisungen, die Preußen ohne jeden Grund Ausländern gegenüber verhängt, rufen im Auslande steigende Erbitterung hervor. Freilich ist das Urteil des Auslandes nicht immer ein ganz zureichendes, da man nachgerade es nicht begreift, wie ein Staat wie Preußen von einer solchen Sozialistenangst befallen ist, daß die Laitsache sozialistischer Gesinnung allein zur Ausweisung genügt. So macht man im Auslande nationale Gesichtspunkte auch dort geltend, wo es sich „nur“ um Sozialistenverfolgungen handelt. Ein Beispiel dafür ist folgende Äußerung eines ungarischen bürgerlichen Blattes, „Budapesti Naplo“, die sich mit der Ausweisung des Genossen Alpari, über die wir jüngst berichtet haben, beschäftigt. Das Blatt schreibt:

„Unsere lieben Freunde, das wackere Volk Kaiser Wilhelms II., mit denen wir seit dem letzten Aufenthalt des Kaisers besonders befreundet sind, haben in diesen Tagen dieser Freundschaft eine

starke Ohrfeige erteilt. Die Berliner Polizei hat einen Ungarn, namens Alpari, aus Preußen ausgewiesen. Alpari ist ein intelligenter, gebildeter Schriftsteller und nebenbei bemerkt auch Sozialist, der sich aber als solcher in Deutschland durchaus nicht betätigt hat. Er gehörte weder einer politischen, noch einer gewerkschaftlichen Organisation an, hat auch in deutschen Zeitungen keine Artikel geschrieben, sondern durchaus als Privatmann gelebt. Es ist ausgeschlossen, daß die Berliner Polizei gegen ihn wegen seiner sozialistischen Ansichten vorgegangen ist. So bleibt nur der andere Grund, daß Alpari Ungar war. Solange der Kaiser, unser aufrichtiger Freund, in Deutschland war, hat man sich gehütet, die Ungarn anzugreifen, aber kaum hat er fort, so ist dem Ungarn doch eines Polizeimachthabers, ein Ungar zum Opfer gefallen. Genugtuung werden wir dafür natürlich nicht erhalten, denn bei uns wieder wird es Herr Alpari schaden, daß er Sozialist ist und darum wird man es in Ungarn lieber ertragen, daß das internationale Recht von unserem Bundesgenossen verletzt wird.“

Wir haben schon betont, daß das ungarische Blatt in diesem Fall gründlich die Motive verkennt, von denen Alparis Ausweisung diktiert war. Aber wir wollten an diesem Beispiel zeigen, wie diese Sinn- und zwecklosen Ausweisungen das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands im Auslande nicht gerade steigern. —

Um die Futterkrippe.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Köln haben die „vereinigten liberalen Parteien“, wie wir schon telegraphisch mitteilten, ihre Rathhausmehrheit an das Zentrum verloren. Das Zentrum erhielt in der zweiten Wählerabteilung 3567 bis 3905 Stimmen, die liberale Liste 3335 bis 3500. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Proz. Der Kampf war überaus heftig und erbittert. Aber nicht um Programmpunkte und Ideale haben die beiden Parteien gekämpft, sondern um das Verfügungsrecht über die Plätze an der Futterkrippe. Durch die Verdrängung der Liberalen aus der Mehrheit in die Minderheit erleidet der Fortschritt keinen Abbruch; denn in den Jahrzehnten ihrer Rathshausherrlichkeit haben die Kölner Liberalen nicht das mindeste für die Verwirklichung liberaler Forderungen getan. Bei der vorigen Stadtverordnetenwahl erklärte der Führer der Kölner Liberalen, Kommerzienrat Dr. Neven-Du Mont: „Wir müssen den Kampf gegen die Zentrumspartei führen, im staatlichen Leben wie in der Gemeinde, bis zum letzten Atemzuge!“ Und wenige Monate später, bei der Reichstagswahl, halfen die Kölner „Liberalen“ dem Zentrum durch! Die „Rheinische Zeitung“ schrieb, daß diese liberale Wofschlappigkeit nicht ohne Folgen auf die Kommunalwahlen bleiben könne; und in der Tat hat eine Anzahl wirklich liberaler Wähler und politisch radikaler Leute diesmal nicht vermoht, für die liberale Liste zu stimmen, wie diese Elemente überhaupt von der „Mocopolitik“ der „Vereinigten liberalen Parteien Kölns“ nicht erbaut sind.

Das Zentrum verfügt für die Folge über 25 von 45 Rathhausstellen. Was es mit seiner Mehrheit anfangen wird, das weiß man, auch ohne ein Kenner der zentrumslichen Alexialdemagogie und Sozialschwundelei zu sein. Denn das Zentrum hat bereits einmal, von 1904 bis 1906, die Mehrheit gehabt. Bis dahin besaß es die liberale Majorität stets, das Hindernis für die Erfüllung der vollstrebenden Absichten der braven Zentrumstadsverordneten zu sein. Als aber das „Hindernis“ gefallen war, da zeigte sich das Zentrum in seiner wahren Gestalt. Wo es konnte, förderte es die Interessen der Grundbesitzer, Hausbesitzer, Wirt, Schlächter und überhaupt aller derjenigen Gruppen, die bei der über die Mehrheit im Rathhause entscheidenden Wahl in der zweiten Klasse eine Rolle spielten. Unvergessen bleibt dem Zentrum die Verhinderung der ohnehin so schwächlichen Vorlage über die Wertzuwachssteuer. Bei allen möglichen Gelegenheiten aber hat das Kölner Rathhauszentrum die Interessen der Nichtbesitzer mit Füßen getreten. Als im Stadtverordnetenkollegium über die Fleischnot beraten werden sollte, war — zum erstenmal in vier Jahren — die Versammlung beschlußunfähig, obwohl das „volksfreundliche“ Zentrum die Mehrheit hatte. In den Lohn- und Arbeitsbedingungen für die städtischen Arbeiter, die die Zentrumsmehrheit beschloffen hat, ist die barbarische Bestimmung enthalten, daß Arbeiter, die älter als vierzig Jahre alt geworden sind, in die städtischen Verräte nicht mehr aufgenommen werden sollen. Es liegt sich eine lange Liste der Unterlassungen und Verrätereien aufstellen, deren sich das angeblich so arbeiterfreundliche Zentrum in Köln sich zur Zeit seiner Herrschaft und nachher schuldig gemacht hat. —

Reichstagspensum.

Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, beabsichtigt der Präsident des Reichstages, die erste Lesung des Etats für den 27. November auf die Tagesordnung zu setzen. Unmittelbar daran schließt sich die erste Lesung des Vereinsgesetzes. Darauf soll sofort die Novelle zum Wörfengesetz folgen.

Wieder ein Umgefallener!

Den Raumann, Payer, Gaußmann, die erst so tapfer in das Horn stiegen für die sofortige Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen, dann aber elend zu Kreuze krochen und wie gewisse Tiere kuschelten, die man mit der Peitsche zurückschreckt, hat sich Geheimrat Wittling, der Bruder Hardens, zugefügt. In der Wahl-agitation in Lehe-Bestemünde für eine Nachwahl zum preussischen Landtag konnte Herr Wittling nicht radikal genug aufstehen. Hörte man ihn, so mußte man glauben, es sei sein erstes, sobald er gewählt sei, in seiner Fraktion den Antrag auf sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag zu stellen. Aber kaum ist er gewählt, so pfeift er aus einem anderen Loch. Dem Interimier des „Berliner Tageblattes“ erklärt er jetzt kleinlaut: „In der Wahlrechtsreform zunächst werde etwas geschehen müssen“. Von der sofortigen Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag ist keine Rede mehr und er steht nunmehr genau auf demselben Boden wie seine nationalliberalen Freunde, die bekanntlich auch erklärten, daß in der Wahlrechtsreform etwas geschehen müsse. Was sind diese Demokraten und Liberalen doch für Jammerlappen. Sucht mit der Laterne das ganze Deutsche Reich ab und einen Mann sucht ihr vergeblich! —

Abgefaßte Wofschlappigkeit.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Hagen sind, wie die „Voss. Zig.“ betraut mitteilt, die Nationalliberalen und das Zentrum brüderlich mit einander gegangen. Der dritte im Bunde war der Evangelische Volksverein! Der herrlichen Allianz ist es denn auch gelungen, dem Freisinn zwei Sitze abzunehmen. Der Freisinn kann aus diesem Verluste erkennen, was er von den Nationalliberalen und dem Zentrum bei den nächsten politischen Wahlen zu erwarten hat.

Den braven Freisinn wird das aber nicht hindern, den parlamentarischen Bedienten seiner künftigen Feinde zu machen.

Liebknecht und Romen.

Unter den Antreibern der Justiz zum Hochverratsprozeß Liebknecht spielte bekanntlich der Geheimrat Antonius Maria Romen eine große Rolle. Romen erlebte die Genugtuung, daß Liebknecht nicht nur verurteilt, sondern auch das Urteil mit größter Geschwindigkeit vollstreckt wurde. Aber Justitia hat es nicht immer so eilig. Hat da, wie die „Rheinische Zeitung“ berichtet, ein Mann vor vielen Jahren ein Jahr Gefängnis bekommen, weil er den Bürgermeister Kengel in Emmerich verleumdete hatte. Trotz seiner gerichtsnotorischen Anrüchlichkeit wußte sich der Mann immer und immer wieder der Strafaufhebung und schließlich die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Festungshaft auf dem Wege der Begnadigung zu erwirken. Zeitliche Reute in Emmerich wollen wissen, daß er ebenso wenig die Festungsstrafe abfiel, wie seinerzeit die Gefängnisstrafe, eine Weile, die sie gewiß verlieren werden. Das Kette an der Sache aber ist, daß dieser Mann, gegen den die deutsche Justiz, die bei Liebknecht so ungeduldig war, so langsam ist. Leopold Romen heißt und ein Bruder unseres sozialistenfressenden Kriegsraats ist. Die Begnadigung dieses Romen zur Festungshaft erfolgte nach Angabe der „Rhein. Zig.“ im Januar, er spaziert aber noch heute frei in Emmerich herum und denkt anscheinend noch gar nicht an einen Straftritt. Die „Rhein. Zig.“ meint schließlich:

„Selbstverständlich sind die guten Bürger von Emmerich auf dem Holzwege mit ihrer Annahme, daß Leopold Romen sein beispielloses Glück dem in hohen Juristentreihen sehr einflussreichen Berliner Bruder zu verdanken habe. Im Lande der Rechtsgleichheit und der vollendeten Rechtsgarantien haben solche Vermutungen nicht einen Schimmer von Berechtigung, und wir werden die Emmericher von der Fribolität ihres augenzwinkernd verbreiteten Verdachts an dem Tage überzeugen, wo wir den sozialdemokratischen Sünder entdecken, der ein ähnliches Glück mit dem Strafvollzug hat wie Leopold Romen in Emmerich am Niederrhein.“

Aus dem sächsischen Landtage.

Die Staatsberatung ist in der verflochtenen Woche nach siebenstägiger Dauer endlich beendet worden. Interessant an den Debatten war der Umstand, daß die beiden großen bürgerlichen Parteien heute gegenwärtigen Reformvorläge aufstehen, die zuerst die Sozialdemokratie gemacht hat. Da hörte man von einem konservativen Bürgermeister (Dr. Schanz-Delsitz), daß die Verstaatlichung der Schulkassen nur eine Frage kurzer Zeit sein dürfte; von anderen konservativen Rednern wurde sogar in Form eines Antrages (Rudels) geltend gemacht, daß die Schulkassen in erweitertem Umfange vom Staate übernommen werden müßten; ein nationalliberaler Gemeindevorstand (Reinhold-Wilke) erklärte, das Schulgeld für Volksschulen müsse bald beseitigt werden, denn es drücke arme kinderreiche Familienbäter weit schlimmer als die Steuern. Auch für Vorgebauten forderte man auf allen Seiten von Landtage weitergehende Hebernahme der Lasten durch den Staat. Was die Herren hierfür, getrieben von dem ärgsten Druck, unter dem die sächsischen Gemeinden leiden, hier endlich schäutern verlangen, haben die sozialdemokratischen Vertreter schon vor 30 Jahren beantragt. Damals haben dieselben, die sie jetzt von neuem zutage bringen, diese sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Einen pikanten Anstich erhielt die Debatte durch die Erörterung der Behauptung über die konservative Regierung. Die Konservativen spielten sich als die unschuldig Gezeichneten auf und stellten mit einem großen Aufwand gut gemachter Entrüstung eine Interpellation wegen der Sache in Aussicht. Wie König haben sie vorliegt. Mit einer Erklärung des konservativen Finanzministers, daß er nichts von einer Hebernahme gesehen, gaben sich die Herren indes zufrieden, obwohl kein anderer Minister diese Erklärung in irgend einer Weise unterstüßte.

Der Minister des Innern Graf Hohenhausen, von dessen Vertrauen die Behauptung ausging, nahm in der Debatte mehrmals das Wort, begnügte sich aber mit diplomatischen Wendungen. Und die Konservativen drangen nicht in ihn, sich deutlicher zu erklären. Beide Teile möchten einen scharfen Konflikt vermeiden. So ist's denn trotz vieler hochstarker Worte nicht zu der Klärung gekommen, auf die das Land Anspruch hat.

Der einzige Sozialdemokrat in der Kammer, Genosse Goldstein, griff zweimal in die Debatte ein. Besonders wirkungsvoll war seine zweite Rede. Er beleuchtete treffend die sächsische Wofschlappigkeit gegen die Arbeiterbewegung. Die fleischlichen Polizeiverfolgungen, die Maßregelungen der Gastwirte, die sozialdemokratische Verklammerungen in ihren Lokalen abhalten lassen, des Militärdienstes und anderes mehr. Dann rechnete er mit den Liberalen ab, die während der Staatsberatung fast demokratisch-radikale Redensarten gemacht hatten. Er hielt ihnen ihre reaktionären Schandthaten vor, ihre Helfersdienste beim Wahlrechtsraub und dergleichen Taten mit dem jetzigen liberal-radikalen Phrasengeflügel, wobei er die Lächer im ganzen Hause — und es lächelte fast alles — auf seiner Seite hatte. Wie die bogossenen Pudel sahen die liberalen Phrasendrescher da. Besonders wirksam war aber der Schluss seiner Rede, wo er zum Dolmetzsch der Volkstimme über die Nebenregierung wurde. Ich will, so führte Goldstein unter anderem aus, nicht sagen, daß der Präsident Rehnert der Nebenregierung sei, ich behaupte auch nicht, daß er der ungekrönte König von Sachsen ist, aber im Lande draußen, da sagt man es. (Große Heiterkeit.) Ich glaube auch nicht, daß Ophir der stellvertretende Nebenregent ist, ich glaube auch nicht, daß Herr Ophir zu den Redigern gehört und diese die ganze Besätsche in Sachsen machen, aber im Lande sagt man es. (Große Heiterkeit.) Mit einer sarkastischen Bemerkung gegen die übertriebene Sparwitz des Finanzministers Müller, den er den sächsischen Richelieu nannte, endete Goldstein seine wirkungsvollen Darlegungen.

Der Zeugniszwang gegen die Presse.

Die Beschlüsse des Genossen Sauerbed von der Schwäbischen Tagung“ zu Stuttgart gegen die ihm singt im Zeugniszwangverfahren auferlegte Geldstrafe ist abgewiesen worden.

Frankreich.

Arbeiterpensions-Gesetz.

Die Senatskommission, welche eingesetzt war, um den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alterspensionen für Arbeiter zu beraten, der dem Senat von der Deputiertenkammer überwiesen worden war, hat jetzt ihren Bericht erstattet. Es ist ein umfangreiches Werk. Die Senatskommission hat sich an zirka 30 000 Körperschaften (Gewerkschaften, Unterstützungsvereine, Unternehmerverbände, Handelskammern usw.) gewandt. Von diesen haben 1582 die gestellten Fragen beantwortet. Nahezu 6000 erklärten sich gegen obligatorische Beiträge der Arbeiter zu einem Pensionsfonds; sie sprechen sich nur für eine fakultative Einrichtung aus. Die anderen lehnen beide Formen ab. Das Projekt der Deputiertenkammer würde jährlich 12 Millionen Frank erfordern. Die Senatskommission kommt zu dem Schluss, daß diese Summe nicht beschafft werden könnte, die Alterspension müsse deswegen auf gewisse Klassen der arbeitenden Bevölkerung beschränkt werden. . . .

England.

Die verhafteten Demonstranten.

Die vier Genossen, die aus Anlaß des kaiserlichen Besuchs beim Lord Mayor an der Demonstration teilnahmen und sich dem Einschreiten der Polizei widersetzen, wurden zu Geldstrafen von 250 Mk. bis zu 40 Mk. verurteilt. —

Die russische Revolution.

Am ersten Dumatag.

Petersburg, 14. November, nachm. (Sig. Ber.)

Die Rechte ist wenig erbaut über den mehr als kalten Empfang, den die neue Duma bei der Bevölkerung gefunden hat. Gatten sich doch trotz Jurischewitsch Aufforderung an seine Getreuen, zahlreich anzutreten, um die Straßen von allen Oppositionselementen säubern zu helfen, nur die Herrschaften von der politischen Polizei eingefunden — diese allerdings in dichten Scharen. Als „Kavaliers“ gekleidet, als Dummler oder auch als „Arbeiter“, andere als Radfahrer und dergleichen mehr, waren die Ehrengardisten der dritten Duma schon auf Plinienhöhe zu erkennen.

An den Hofeingängen überall die bekannten Figuren der Zworniks (Züchler). In der Nacht waren in vielen Höfen der Koschewski- und Liteini-Stadtteile Kosaken- und Infanterieabteilungen einquartiert worden, und in der Kaserne des Preobraschenski-Korps stand das Schützenbataillon in voller Kriegsrüstung zum Aufbruch bereit. Als nachmittags gegen 4 Uhr — nach der Dumaeöffnung — die Abfahrt begann, wurden diese Kriegs- und Detachments in den Straßen noch verstärkt. All das, trotzdem die Arbeiter beschloffen hatten, den Zusammenritt der dritten Duma vollständig zu ignorieren. Aber auch die übrige Bevölkerung zeigte, wie wir schon sagten, nicht die mindeste Teilnahme an dem Ereignis. Und das war auch eine Demonstration, eine Demonstration ohne Vorbereitung, ungekünstelt, aus dem natürlichen Fühlen und Denken gegenüber dieser Duma Jurischewitsch u. Co. entspringend.

Durch das Staatsrecht-Wahlgesetz sind gewissermaßen auch die Journalisten wegdekretiert. Sie haben eine Mansarde im Zuschauerraum der Duma erhalten, von wo aus sie weder etwas sehen noch hören können! Jeder Verkehr mit den Abgeordneten ist unterbunden. Als „Schreibpul!“ müssen die „kommunizierenden Generale“ die zu der Mansarde führende Treppe gebrauchen!

Um 11 Uhr begann im Katharinischen Saale das Gebet, und Metropolit Antonius hielt eine gefaltete Ansprache, in der natürlich — Geschäft bleibt Geschäft — auch ein kräftiges Fluchwort über die Revolution nicht fehlen durfte. Die 60 Popen-Abgeordneten der dritten Duma machten dabei emsig ihre religiösen Verbeugungen, und Minister Stolypin lächelte sich dreimal mit dem schmerzlichen Bischof Eulogius. . . .

Rach der Eröffnungsansprache Solubens, des Vizepräsidenten des „Oberhauses“, folgte die Präsidentenwahl. Auch die Kadetten stimmten für Chomjaloff, den Oktobermann, und zwar wieder aus politischer Naivität. Sie wollten ihre realpolitische Arbeitsfähigkeit manifestieren, zeigen, daß sie mit der „unfruchtbarsten“ Opposition der Linken nichts Gemeinsames haben. „Die Hauptsache ist: die Duma nicht zu diskreditieren“, so lautet das neueste verlogene Schlagwort, das an die Stelle des dumäuserischen „Bewahret die Duma!“ getreten ist. Hinter diesem neuen Deckmantel der Schwäche und der furzhaften Leisetzerei hehden sich auch die Kadetten, die jetzt alle ihre Kräfte aufbieten, um in den Augen der reaktionären Mehrheit den Ausschloß- und Jurischewitsch-Parteien dumahoffähig zu werden.

„Die Duma muß sich auf einen festen Boden stellen, und die Revolution wird ganz unterdrückt sein“, also sprach gestern der Kadett Kallaloff zu einem Mitarbeiter der „Kotowoje Wremja“! Das ist die konsequente „Richtungslinie“, die auf dem letzten Helsingforsker Kongress ihre Ausprägung fand. Möglichst schnelles Abwenden von der Linken, demokratischen Opposition — darin besteht die ganze Politik der Kadetten im gegenwärtigen Moment, und von dieser Politik war auch ihr Zusammengehen mit der Reaktionsmehrheit bei der Wahl Chomjaloffs diktiert.

Mit Interesse wurde die Ansprache des neugewählten Präsidenten erwartet, sie brachte aber Enttäuschung so ziemlich für alle. Der Oktobermann war auch in diesem Falle eigentlich nicht mehr Oktobrist, sondern ein kompletter Vertreter des antikonstitutionellen Blods. Den Oktobererlass von 1905 umging Chomjaloff vollständig, ohne ihn auch nur mit einem halben Worte zu erwähnen. So hatten es die Rechten gewünscht, für die der 17. (30.) Oktober 1905 mit dem bekannten Erlass, der die Grundlinien eines Repräsentativsystems enthält, nicht besteht. Selbst dem mächtigen Kallaloff ging diese Verschweigung des Oktobererlasses gegen den Strich. Die Kadetten werden aber noch wie vor in ihrer Illusion über den „Konstitutionalismus“ der „gemäßigten Rechtsgruppen“ fortleben und nicht aufhören, ihre politischen Kartenhäuschen auf diese Unterlage zu bauen. Schon daraus übrigens, daß von den Oktobristen die Kadetten, die doch für Chomjaloff stimmten, bei den Vorberatungen über die erste Ansprache des Präsidenten nicht mit zu Rate gezogen wurden, geht hervor, wie wenig ernst die Kadetten genommen werden.

Ueberhaupt war für die Kadetten der erste Dumatag ein Tag der Blamage, die ihren Kredit als politische Partei nach weiter herabsetzen wird. Sie erlitten unter dem geriebenen Spiel der Oktobristen und der Wannen Jurischewitsch eine Niederlage, die ihnen heißenden Spott von allen Seiten einbringt. Am Vorabend der Dumaeöffnung nämlich verbreitete sich das Gerücht, daß die Oktobristenfraktion nicht abgeneigt sei, von den Rechten den Kadetten Kallaloff als ersten Vizepräsidenten neben Chomjaloff zu erwählen. Jede andere politische Oppositionspartei, die auf sich etwas hält, würde erklärt haben, daß sie auf eine auf diese Weise erhaltene Stelle im Präsidium verzichte. Nicht so die Kadetten, in demselben Abend in einer längeren Fraktionsung beschlossen, das Gnadengeschenk des reaktionären Blods mit Dank entgegenzunehmen. — Aber sie blamierten sich damit nur; denn in Wirklichkeit war nicht daran zu denken, daß die äußerste Rechte mit der Kandidatur Kallaloffs — trotz seiner konterrevolutionären Anschauungen — einverstanden sein werde.

Im entscheidenden Moment sagte sie nein, und die realpolitischen Kadetten wurden ausgelacht! In diesem Zwischenfall spiegelt sich wie in einem verklärten Brennpunkt die ganze politische Kurzsichtigkeit des Kadettenmas. Der Blod aber weiß, daß er die Kadetten noch weiter heintragen wird.

Dah bei den kadettisch-oktobristischen Stürmen nach rechts die dritte Duma als Werkzeug der Konterrevolution langlebiger sein kann als die beiden ersten, das wird nicht zu bezweifeln sein. Der Oktobristenblod rechnet sogar darauf, die ganzen 6 Jahre in der dritten Duma zu sitzen. Die Meinung der Liberalen allerdings ist in dieser Hinsicht weniger optimistisch. Eine neue Epoche erwarten mit dem Beginn dieser Duma nur die Anhänger des Alten! Man kennt sie nur zu gut, um nicht zu wissen, daß diese Lausache nicht für die dritte Duma spricht. Der heutige

Tag hat jedenfalls gezeigt, daß ihre „beruhigende“ Wirkung im Lande, von der die Regierung so viel erwartet, gleich Null sein wird.

Ueber das Arbeitsprogramm des Regierungsbloks in der Duma verlaute, daß in erster Reihe der Budgetvoranschlag für 1908 in Beratung kommen soll, den das Ministerium bis 1. (14.) Januar fertig haben möchte. Von einer eingehenden Prüfung des Budgets wird keine Rede sein können, weil es sonst zu diesem Termin nicht erledigt sein könnte.

Weiter heißt es, daß neben dem Budget auch die Agrargesetze der Regierung von 1906 behandelt werden sollen. Anfänglich war beabsichtigt, auch das Projekt der Selbstverwaltungorganisation so bald als möglich in Beratung zu geben; da aber die Junker die agrarischen Tendenzen in dem Regierungsvoranschlag noch verstärken wollen, so wird es vorläufig im Ministerium mit Hinzuziehung von Delegierten aus den Semjowos umgearbeitet werden.

Der Entwurf einer Reorganisation der örtlichen Gerichte soll ebenfalls baldigt eingebracht werden. In viel weiterer Ferne stehen einige Entwürfe, welche Arbeiterbeschwerden sein wollen.

Die Bestimmungen über den Ausnahmezustand sollen ergänzt und „modifiziert“ werden. Alles das marschiert natürlich unter der Flagge: „Reformen!“

Ganz ergebnislos!

Petersburg, 18. November. (W. L. W.) In der heutigen Sitzung der Reichsduma überredeten 246 Mitglieder des Hauses dem Präsidenten eine Denkschrift, in der die Notwendigkeit betont wird, dem Kaiser als Antwort auf dessen an die Duma gerichteten Begleichungswünsche eine Ergebnissadresse zu überreichen.

Petersburg, 18. November. Die heutige Dumasitzung begann mit längeren Verhandlungen über den bei der Wahl zweier Vizepräsidenten zu beobachtenden Wahlmodus. Die Wahl erfolgte darauf mittels Zettelabgabe. Es erhielten: Baron Mehendorf (baltischer konstitutioneller Monarchist) 268 Stimmen, Fürst Wollonski (Verband echt russischer Leute) 250, Kallaloff (Kadett) 133 und Fürst Swos (Partei der friedlichen Erneuerung) 101 Stimmen. Es ist also Stichwahl erforderlich. In der Stichwahl wurde zum ersten Vizepräsidenten der Duma Fürst Wollonski mit 261 Stimmen, zum zweiten Vizepräsidenten Baron Mehendorf mit 104 Stimmen gewählt.

Zum Sekretär der Duma wurde der Professor an der Universität Warshaw Sosanowitsch (Monarchist) gewählt.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Zur Preußen-Nummer hat die „Neue Zeit“ ihre soeben erschienene Nummer 7 angesetzt. Im Leitartikel „Eine historische Stunde“ stellt Genosse Mehring dem „tragikomischen Akt“ der drei freisinnigen Fraktionen zu Frankfurt a. M. den kommenden sozialdemokratischen Preuentag, dem parlamentarischen Kretilismus des Freisinn den kommenden Wahlrechtskampf des Proletariats gegenüber. Genosse Paul Singer bespricht die Tagesordnung des preussischen Parteitages. Besonders eingehend behandelt er die Frage der preussischen Organisation und legt dar, „daß die preussischen Genossen gerade wegen ihrer numerischen und materiellen Bedeutung für die Partei die Spitze ihrer Organisation mit der der Gesamtpartei verbinden und, den deutschen Parteivorstand als Hilfsorgan angliedernd, ein gemeinsames Arbeitsfeld für beide Organe schaffen müssen, um jede der Partei schädliche Zersplitterung der Arbeitskräfte zu vermeiden“. Der Schlag ist eine kräftige Darlegung der Notwendigkeit des Wahlrechtskampfes, in der es über der Sozialdemokratische Stellung zum Freisinn heißt: „Keine Halbheiten, keine faulen Kompromisse! Mit der Liberalismus helfen, das volle demokratische Wahlrecht zu erringen — dann gut; dann mag er den Ernst seiner Absicht durch Taten beweisen; tut er das nicht, dann kämpft die Arbeiterklasse ohne und gegen ihn.“

Genosse Otto Landmann schreibt über „Wahlkampf und Wahlrechtskampf“, und Genosse Paul Hirsch läßt die gegenwärtig wichtigsten Fragen der preussischen Landespolitik in seinem Artikel „Der Blod und die preussische Landespolitik“ Revue passieren, um an ihnen zu zeigen, wie überall der Freisinn mit seinem Programm in Widerspruch geraten muß, wenn er seine Zugehörigkeit zum Blod nicht aufs Spiel setzen will.

Außerdem enthält die Nummer noch folgende Beiträge: Proletarische Organisationsfragen in der Provinz Posen. Von Josef Kluge. — Ein Beitrag zur Landarbeiterfrage. Von L. Kadlof. — Die Lage der Gemeindefürsorge in Deutschland. Von Emil Dittmer. — Notizen: Die Norddeutsche Holz-Verwertungsgesellschaft. Von E. O. Kinderarbeit in landwirtschaftlichen Großbetrieben. Lo Socialismo. Von K. K.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Gemeinbewahlen.

In Reustadt a. d. Orla (Sachsen-Weimar) wurden die zwei auscheidenden Genossen trotz der sturpellosesten Agitation der Gegner wiedergewählt.

Unsere Toten. Frau Peters, die älteste Parteigenossin Wandsbels, ist am Freitag sanft entschlumert. Wie groß die Beliebtheit dieser wackeren Genossin war, davon zeugt die starke Beteiligung an der Beerdigung der „Witwer Peters“, wie sie allgemein genannt wurde. Mehr als tausend Personen, darunter viele Frauen, folgten am Sonntag dem Leichentrost. Genossin Peters, die ein Alter von 81 Jahren erreicht hat, nahm bis kurz vor ihrem Tode mit seltener geistiger Frische an allen Versammlungen der Partei teil, für deren Erhebungen sie stets eine offene Hand hatte. „Getreu bis in den Tod“, sagte sie in bezug auf unsere Partei. Die Wackeren hat ihr Gelübnis gehalten; mögen andere Genossen und Genossinnen ihr nachstreben.

In Straßburg starb der Genosse Wilhelm Schneider, ein alter wackerer Kämpfer.

Die Egregation eines Renegaten.

Der sozialdemokratische Wahlverein zu Hannover nahm am Sonntagabend in einer von circa 800 Personen besetzten Mitgliederversammlung Stellung zu den verleumderischen Angriffen, welche die konservativen „Hannoverschen Tagesnachrichten“ gegen eine Reihe hannoverscher Genossen, den Reichstagsabgeordneten Brey, den Arbeitersekretär Robert Reinert, den Geschäftsführer Lohberg und die Mitglieder des freien Gewerkschaftsvereins zu Hannover erhoben hatten und die von der konservativ-agrarischen Presse begierig weiterverbreitet worden waren. Von der Versammlung interpelliert, erklärte der Vorsitzende, Druckerleiter Genosse Dörns, daß bei der ganzen Angelegenheit wieder einmal der Reichslagenverband in Tätigkeit getreten sei. Zunächst habe sich herausgestellt, daß die Behauptungen gegen die Genossen Brey, Reinert und Lohberg völlig aus der Luft gegriffen waren. Bezüglich der übrigen angegriffenen Genossen handle es sich um absolut harmlose private und nur von gegnerischer Seite böswillig

emittierte Vorgänge. Gegen die Redaktion der „Hannob. Tagesnachr.“ sei Strafanzeige erstattet worden. Im übrigen habe sich der Verdacht, daß sich unter den Parteigenossen ein heimtückischer Feind befände, welcher die verleumderischen Angriffe veranlaßt, leider bestätigt. (Große Bewegung und Entrüstung.) Es handelte sich um den seit Jahren politisch und gewerkschaftlich organisierten Karl Paad aus Hannover-Wülfe, dem nachgewiesen sei, daß er in der Redaktion der „Hannoverschen Tagesnachrichten“ seine infamen Verleumdungen anbrachte und außerdem Schüler der hannoverschen Mederschule des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie geworden ist! (Großer Lärm.) In Berücksichtigung dieser beispiellosen Niedertracht habe der Vorstand geglaubt, den Genossen empfehlen zu müssen, wegen eines solchen Menschen das sonst übliche Schiedsgericht nicht in Aktion treten zu lassen, sondern ihn kurzer Hand an die Luft zu setzen. (Allseitige Zustimmung.) Hierauf beschloß die Versammlung einstimmig ohne weitere Debatte den sofortigen Ausschluß Paads.

Die Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten hat im verflossenen Monat Oktober die höchste Einnahme aus den regelmäßigen Mitgliederbeiträgen erzielt, die bisher für einen Monat überhaupt erreicht wurde, nämlich 1717 Dollar. New York steht mit 200 Dollar an der Spitze, dann folgen Pennsylvania mit 188 Dollar, Wisconsin mit 110, Ohio mit 108, Californien, New Jersey mit je 100, Illinois mit 98 Dollar und die übrigen Staaten mit geringeren Beiträgen. Die kleinsten Beträge (wo also auch nur die kleinste Mitgliederzahl beiträgt) liefern ein aus Neu Mexiko mit 3 Dollar, Virginia mit 4, Nebraska, Alabama, Idaho, Louisiana, Neu Hampshire, Süd-Dakota, Tennessee, Utah, Vermont, West-Virginia, Nord-Carolina mit 5-8 Dollar.

Unter den Ausgaben im Monat Oktober stehen verzeichnet an Gehältern für 6 Parteibeamte 382,53 Dollar, darunter als höchstes Gehalt (für den Sekretär) 120 Dollar. An 5 Wanderredner wurden 547,60 Dollar gezahlt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Erinnerung an die erste Wahlrechtskämpfe.

Rach einem monatlichen Einschließen der Genosse v. Lojewski am Sonntag das Gefängnis zu Magdeburg verlassen. Acht Monate Gefängnis hatten ihm die Erfurter Richter auferlegt, weil er in dem Artikel der „Erfurter Tribune“ zum 22. Januar 1906 zu Gewalttätigkeiten aufgereizt und Staatseinrichtungen — die Mobilisierung des Heeres wider das eigene Volk — verächtlich gemacht haben sollte. Drei Monate brachten ihm noch eine angebliche Verleumdung eines Pfarrers ein.

Die Justizverwaltung hat die Erbitterung, die das Erfurter Urteil in den Reihen des kämpfenden Proletariats erregen mußte, durch die Art der Vollstreckung der Strafe noch zu steigern gewußt. Dem Genossen v. Lojewski wurde im Gefängnis zu Erfurt die Selbstbeschäftigung auf Anordnung des Oberstaatsanwalts zu Raumburg verweigert. Auch im Zentralgefängnis zu Magdeburg, wohin Genosse v. Lojewski später übergeführt wurde, ist er monatelang zu unbeschwerter gezwungen worden. Erst in der letzten Zeit seiner Einsperrung durfte er die Selbstbeschäftigung genießen.

Genosse v. Lojewski hat einen Teil der Kriegskosten der ersten Epoche des preussischen Wahlrechtskampfes persönlich tragen müssen. Die zweite Epoche des Kampfes hebt an — die Erinnerung an die Opfer des ersten wird die Macht des zweiten Vorstoßes erhöhen!

Woge der fast einjährige Gefängnisstrafe hat dem Genossen v. Lojewski keinen dauernden Schaden an seiner Gesundheit gebracht. So daß er, der Kriegsgefangene aus der ersten Schlacht, bald mit voller Kraft ansetzen kann zur zweiten Schlacht des Wahlrechtskampfes.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Frage der gewerkschaftlichen Einigung

beschäftigte am Sonntag eine Generalversammlung der Vereinigung der Zimmerer. Der Referent Theodor Fischer besprach den bisherigen Verlauf der vom Parteivorstande eingeleiteten Einigungsverhandlungen und betonte die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterorganisation. Es seien in der Hauptsache politische Gründe gewesen, welche die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften von den Verbänden trennte. Die in dieser Hinsicht geltenden Grundsätze seien im Programm der freien Vereinigung niedergelegt. Durch die Annahme der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart sei die Beziehung der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie so unzugewandert ausgesprochen, daß damit die wesentlichsten Grundsätze des Programms der freien Vereinigung erfüllt seien. Auch der sozialdemokratische Parteitag in Essen habe dazu beigetragen, daß die Bedenken, welche die Mitglieder der freien Vereinigung als Sozialdemokraten gegen eine Verschmelzung mit den Verbänden hatten, beseitigt wurden. Außerdem sprächen auch noch andere Gründe für die Verschmelzung. Früher habe die freie Vereinigung auf dem Standpunkt gestanden, daß eine einheitliche Organisation der Unternehmer in Deutschland nicht möglich sei wegen der in Unternehmungskreisen herrschenden Interessengegenstände. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre habe jedoch bewiesen, daß die Unternehmer trotz aller Gegensätze zu einer einheitlichen, gegen die Bestrebungen der Arbeiter gerichteten Organisation gekommen seien. Das habe mit besonderer Deutlichkeit der letzte Streit im Berliner Bau-gewerbe gezeigt. Unter diesen Umständen müsse auch die Organisation der Arbeiter eine einheitliche sein, damit sie den Unternehmern gegenüber treten können. Die Geschäftsleitung der Vereinigung der Zimmerer habe sich zu den vom Parteivorstande eingeleiteten Verhandlungen bereit erklärt. Die Zahlstellen von Groß-Berlin haben zu der Angelegenheit Stellung genommen. Es haben sich 1383 Mitglieder für und 457 gegen das Vorgehen der Geschäftsleitung erklärt. Ebenso wird das Resultat der Abstimmung bei den auswärtigen Mitgliedern sein. Es werde nun unter der Leitung des Parteivorstandes eine Verhandlung mit dem Zentralverbande stattfinden über die Bedingungen, unter denen eine Verschmelzung stattfinden könne. Seitens der Vereinigung würden bei dieser Gelegenheit folgende Forderungen erhoben werden: Den Mitgliedern müsse auch im Verband das uneingeschränkte Recht der politischen Betätigung im Sinne des bisherigen Programms der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften gewährt werden, namentlich die Propagierung des General- und Massenstreiks. Die ununterbrochene Mitgliedschaft in der freien Vereinigung müsse im Verbandsverbande anerkannt werden. Es solle versucht werden, aus dem Verbandsstatut die Bestimmungen zu entfernen, wonach die örtlichen Vorstandsorgane der Bestätigung durch den Verbandsvorstand bedürfen. Das Wohngebiet Groß-Berlin solle ein selbständiger Gau des Verbandes werden. Das Delegiertensystem der Berliner Generalversammlung solle aufgehoben und an Stelle dessen Generalversammlung der Mitglieder treten. Dem Gau Berlin solle das Recht zugestanden werden, ein Prehorgan nach Bedarf erscheinen zu lassen. — Das Resultat der Verhandlungen mit dem Verbandsverband werde einer am 1. und 2. Dezember stattfindenden Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Debatte über das Referat war durchaus sachlich und ruhig, obgleich die Meinungen über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Verschmelzung sowie über die Bedingungen derselben geteilt waren. — Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

Die Versammlung beschließt sich nicht der Erkenntnis, daß zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe und zur Eroberung oder Verteidigung politischer Rechte eine Einheitsliste des Handels notwendig ist. Sie nimmt Kenntnis von den Bestrebungen des Vorstandes, die beiden Organisationsrichtungen im Zimmerergewerbe zusammenzuführen und ist damit einverstanden, daß in diesbezügliche Verhandlungen eingetreten wird, behält sich aber jede weitere Beschlußfassung in dieser Frage vor. Die Versammlung erwartet von der siebenten Konferenz, welche sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen wird, eine eingehende Prüfung der Verhältnisse und wird erst nach Berichterstattung von dieser weitere Stellung nehmen.

Von den Anträgen, die in der Diskussion als Bedingungen für die Verschmelzung gestellt wurden, nahm die Versammlung die folgenden an: Den Zahlstellen des Verbandes soll die selbständige Entscheidung über Streiks und Aussperrungen zugestanden werden. Falls die Einigung unter gewissen Bedingungen zustande kommt, soll eine spätere Generalversammlung des Verbandes nicht berechtigt sein, dieselben zu durchbrechen.

Als Delegierte zur 7. Konferenz der Vereinigung der Zimmerer wurden gewählt: Paul Schäfer, Klammann, Wih. Schäfer, Juppenlag, Lehmann, Schiminski, Martens.

Zu den Einigungsbestrebungen in der Gewerkschaftsorganisation nahm an demselben Tage auch der Ortsverein der Staater Berlins und Umgegend Stellung, der der Freien Vereinigung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands angeschlossen ist. Der Referent Baum empfahl die vor acht Tagen in der Versammlung der Freien Vereinigung angenommene Resolution und bemerkte unter anderem, daß, wenn die Einigung zustande komme, unbedingt dafür gesorgt werden müsse, daß die einzelnen Gruppen, wie die der Staater, innerhalb der Organisation ihre Selbständigkeit behalten. — Auf die Erhaltung dieser Selbständigkeit als Bedingung der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband wurde auch in der Diskussion das größte Gewicht gelegt. Die Versammlung, die den unteren Saal des „Englischen Gartens“ füllte, erklärte sich schließlich mit allen gegen eine Stimme mit jener in Nr. 265 des „Vorwärts“ abgedruckten Resolution einverstanden. Der Ortsverein der Staater, der innerhalb der Freien Vereinigung der Bauarbeiter seit Juni dieses Jahres besteht, zählt jetzt ungefähr 300 Mitglieder.

Zu Beginn der Versammlung hatte Genosse Puttkü einen Vortrag über die verschiedenen Strömungen des modernen sozialen Lebens gehalten, der allgemeinen Beifall fand.

Den Zusammenschluß der Verbände im Transportgewerbe

ochandelte in einer Mitgliederversammlung, die am Sonntag im Königstadt-Kasino stattfand, der Verband der Hafenarbeiter. U. Scharlowski aus Hamburg referierte. Die vorliegende Frage habe schon oft die Verbände beschäftigt, so führte er aus. Auf dem letzten Verbandstage der Hafenarbeiter sei eine Abstimmung über den Zusammenschluß mit dem Deutschen Transportarbeiterverband auf einer bestimmten Grundlage beschlossen worden. Die Abstimmung habe nun ein eigenartiges Resultat gehabt; es wurde nämlich der Zusammenschluß im Prinzip angenommen, aber die dafür geschaffene Grundlage verworfen. Der Redner legte Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß die Opposition vielfach verkannt werde. Auch die Opposition will die Vereinigung, sie fürchtet nur, daß diese vorgeschlagene Grundlage nicht die notwendige innere Einheitsliste verbürgt. Es handelt sich dabei nur um eine Reihe von Nebenfragen, die wohl noch eine befriedigende Erledigung finden werden, wie zum Beispiel die Frage über das Verbandsorgan, ferner die Erwerbslosenunterstützung. Es haben sich an der Abstimmung überhaupt nur 27 Proz. der Mitglieder beteiligt; das zeigt, daß viele der Sache passiv gegenüberstehen. Der Vorstand wird nun dem nächsten Verbandstage neue Vorschläge machen, und es ist zu hoffen, daß man zu einer Verständigung gelangen werde, da auch der Transportarbeiterverband sich entgegenkommend zeigt. Die Organisation der Seeleute wartet auch darauf, daß die Hafenarbeiter sich zuerst anschließen, um dann folgen zu können. Ferner muß man an den wichtigen Verband der Eisenbahner denken, dem man eine mächtige Rückenbedeckung gewähren kann, wenn der Zusammenschluß aller Verbände im Transportgewerbe gelingt. Notwendig ist die Vereinigung allein schon darum, daß der wachsenden Macht der Unternehmerverbände ein starkes Gegengewicht geboten wird, und gerade die Hafenarbeiter haben da mit den stärksten Gegnern zu rechnen, die sich nicht nur national, sondern auch international gegen die Arbeiter verbinden.

Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt, der allgemeine Beifall bewies, daß die Versammelten mit den Ausführungen des Redners einverstanden waren. — Der Vorsitzende wies noch auf den am Freitag ausgebrochenen Streik bei Felix Schönfeld hin und gab die Preisliste jener Firma bekannt. Ein schneller günstiger Ausgang des Streiks ist sicher, sobald es gelingt, den Bezug fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Knappschäftsinvaliden und Knappschäftsdirektor.

Die Werkherren im Bochumer Knappschäftsbereich haben durch ihren Vorsitzenden erklärt, sie würden keinen Pfennig Rente mehr bewilligen als in ihrem Vorschlag vom 12. Oktober. Herr Bergasseffor Meine begründete das auch mit — der ablaufenden Konjunktur! Dabei sind die jetzigen hohen Kohlenpreise syndikatsseitig noch bis 1908 festgelegt. Die Werkspresse berichtet, es herrsche auf vielen Hochen noch immer Arbeitermangel. Danach sind die Auslassungen der Werkvertreter auch zu beurteilen.

Eifrig bemühen sich Werkjournalisten, die Deffentlichkeit über die wahre Gestalt der Werkvorschläge zu täuschen. Deshalb muß festgestellt werden, daß der Fortfall des Kindergeldes nur bei dem geringsten Teile der Invaliden durch die vorgeschlagene Vollzahlung der Knappschäftspension und der Reichsrente ausgeglichen wird. Nur 40 Proz. der Knappschäftsinvaliden, und zwar sind es überwiegend die ältesten Jahrgänge, beziehen auch Reichsrente. Aber gerade die jüngeren Jahrgänge, mit naturgemäß den meisten schulpflichtigen Kindern, sind überwiegend von dem Bezug der Reichsrente ausgeschlossen; sie ist also kein Ersatz des Kindergeldes.

Nach dem jetzigen Statut und nach dem Werkbesitzerangebot erhalten die Invaliden durchschnittlich Jahrespension:

Beitragszeit	Jetzige Pension nebst Kindergeld	Vorschlag der Werkbesitzer
10 Jahre	280,20 M.	223,60 M.
15	348,40	304,20
20	893,20	371,80

Die durchschnittliche Dienstzeit der Invaliden beträgt jetzt nur noch rund 20 Jahre. Demzufolge würden die neuen Invaliden mit der durchschnittlichen Kinderzahl durch die Annahme des Werkvorschlages empfindlich geschädigt sein! Von diesen jüngeren Invaliden erhält nur ein ganz geringer Teil auch die Reichsrente, ihnen nützt also dieses Entgegenkommen nichts. Das wird von den Werkjournalisten beharrlich verschwiegen. Sie verschweigen auch, daß trotz der erheblichen Pensionskürzung ein jährlicher Mehrbeitrag von 7,80 Mark aufgeholt werden soll!

Diese Zeitungschreiber treiben also ein frivoles Spiel mit der öffentlichen Meinung.

Aber die Knappschäftskasse kann auch splendide sein — auf Kosten der Arbeiter. In dem Wirtschaftspläne für 1908 ist den ehemaligen Knappschäftsdirektoren Gerstein und Hoffmann ein sehr ansehnliches „Ruhegehalt“ ausgeschrieben worden. Herr Gerstein soll 7150, Herr Hoffmann 5316 Mark erhalten. Für ihre Tätigkeit im Knappschäftsbereich sind die beiden Herren mit Jahresgehältern (inklusive Mietzuschuß) von 10 000—12 000 Mark sehr anständig bezahlt worden. Ein Bergarbeiter erster Klasse bekommt für seine lebensgefährliche Arbeit jährlich nur den achten bis zehnten Teil jener Summen. Nachdem die Herren Direktoren a. D. würdevoll bewilligt man ihnen aus der Knappschäftskasse, zu der die Arbeiter den höchsten Teil der Beiträge liefern müssen, „Ruhegehälter“ von 5000—7000 Mark! Beiträge haben die Herren dafür nicht gezahlt. Nun vielen armen Arbeitern noch die kärgliche Pension gekürzt werden soll, nachdem man sogar den bescheidenen Vermittlungsantrag der Kerksten mit der Begründung ablehnt, die Kasse könne das nicht leisten, ist es durchaus am Platze, auf die hohen „Ruhegehälter“ der beiden Direktoren aufmerksam zu machen! Die müssen auch von Arbeitergroßen aufgebracht werden. Wenn die Kasse wirklich so schlecht sieht, wie kann man dann die Zahlung so hoher „Ruhegehälter“ rechtfertigen. Handelte es sich um Bedürftige oder Abgeraderte, noch sollte es hingehen. Aber die beiden Herren sind sehr vermögende Leute!

Ist nach Ansicht des Arztes ein Invalide wieder imstande, seine frühere Arbeit aufzunehmen, kein Gott schützt ihn vor der Reaktivierung. Die Pension fällt fort, der Invalide muß zur Grubenarbeit zurück. So behandelt man Knappschäftsinvaliden, die ihre Pension durch schwere Beitragszahlung teuer erworben haben. Ganz anders ergeht es dem Knappschäftsdirektor a. D. Herrn Hoffmann, der aus der Knappschäftskasse 5316 M. „Ruhegehalt“ bezieht, gehört zu den Aufsichtsräten des Selsenkirchener Bergwerksvereins! Jedes Aufsichtsratsmitglied dieser Gesellschaft bezieht jährlich über 10 000 M. Lantienem! Eine so enorme Summe wird doch wohl für angestrenzte Tätigkeit bezahlt. Wie kann aber ein Knappschäftsdirektor a. D. 5316 M. „Ruhegehalt“ aus der Knappschäftskasse beziehen, selbstredend doch nur ein anderer Name für Invalidenpension, wenn dieser Herr noch so leistungsfähig ist, als Aufsichtsratsmitglied jährlich mindestens 10 000 Mark zu verdienen!

Das ist doch eine Verwendung von Knappschäftsgeldern, die in einer Zeit, wo man die kärglichen Pensionen der Arbeiterinvaliden kürzen will, der öffentlichen Begutachtung unterbreitet werden muß.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Buchbinder.

Zu den neuen Bedingungen arbeiten etwa 500 Gehülften und Arbeiterinnen. Die Buchdruckerprinzipale zeigen sich zwar noch bodenrein, aber ein großer Teil derselben hat sich mit der Lohnkommission vereinbart. Die Beschlässe der Buchdruckerinnung stehen mithin nur auf dem Papier. Im Auslande befinden sich nur 84 Personen. Die Lohnkommission verhandelt von Betrieb zu Betrieb und findet bei den meisten Prinzipalen Entgegenkommen, so daß es zu Arbeitsstellen größerem Umfangs nicht kommen dürfte.

Gegen die schwarzen Listen.

Gelegentlich eines Streiks auf der Grube „La Houve“ bei Kreuzwald in Lothringen arbeitete die Grubenverwaltung mit schwarzen Listen, wodurch es einer Anzahl Bergarbeiter unmöglich wurde, Arbeit auf den anderen Gruben zu erhalten. Der Bergmann Gouverneur verklagte deshalb die Verwaltung der Grube auf Schadenersatz. Das Oberlandesgericht Colmar entschied jetzt zu seinem Gunsten. Dies günstige, leider so seltene Urteil hat nun mehrere von den 53 seinerzeit mit der schwarzen Liste verfolgten Bergleute veranlaßt, ebenfalls Klage auf Schadenersatz zu erheben, und zwar fordern sie 500—600 M.

Ausland.

Ein Kampf um das Koalitionsrecht.

Aus Grenoble wird gemeldet: 300 Arbeiter der Walzwerke von Allevard sind in den Ausstand getreten, nachdem die Arbeitgeber die Anerkennung ihres Syndikats abgelehnt haben.

Einige Zahlen über die Gewerkschaften Englands.

Unser Bericht in Nr. 269 des „Vorwärts“ über die öffentliche Versammlung der Gracure gibt verlässlich die Zahl der selbständigen Gewerkschaften in Großbritannien mit 11 048 an, während es 1148 heißen müßte. Die nachstehenden genauen Zahlen dürften von allgemeinem Interesse sein. Nach der Zählung vom Jahre 1901 gab es damals insgesamt 7 100 000 organisationsfähige Arbeiter beiderlei Geschlechts, wovon auf Industrie, Handel und Verkehr 84,50 Proz., auf die Landwirtschaft 15,50 Proz. entfielen. Von den 8 Millionen in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Personen sind 1 741 661 männliche und 125 064 weibliche oder 28 Proz. der überhaupt beschäftigten Personen organisiert. Zentralverbände sind vorhanden 100 mit 1 127 529 Mitgliedern und 1048 Lokalverbände mit 739 224 Mitgliedern. Im Durchschnitt kommen auf jeden Zentralverein rund 11 275 Mitglieder, auf jeden Lokalverein, ebenfalls abgerundet, 705 Mitglieder.

Die sozialistische Presse über das Eisenbahnabkommen.

London, 16. November. Das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei, der „Labour Leader“, sagt in seinem Leitartikel über das Wesen des Eisenbahnabkommens: „Die Eisenbahnkonferenz schloß mit einem Sedan der britischen Gewerkschaftsbewegung. Der Eisenbahnerverband, gewaffnet und kriegsbereit, kapituliert en masse und unterwarf sich den Bahngesellschaften. Eine derartige Niederlage hat die Geschichte des britischen Trade-Unionis-

mus noch nicht zu bezeichnen gehabt. . . Das Abkommen vernichtet nicht nur die Agitation der Eisenbahner, sondern es wirft auch den Trade-Unionismus zur Tür hinaus. Nicht eine einzige Konzeption wurde dem Programme gewährt, zu dessen Durchführung die Agitation unternommen wurde; das Abkommen richtet noch starke Wälle auf gegen jede Möglichkeit, eine Abgrabenbewegung ins Leben zu rufen. Die Solidarität der Eisenbahner wurde mit einem Schläge zerschmettert; die Arbeiter wurden zuerst in Teile gehalten, die den verschiedenen Eisenbahngesellschaften entsprechen; dann wurden sie in verschiedene Kategorien geteilt, um schließlich in noch kleinere Sektionen zerstückelt zu werden. Es läßt sich kein Beispiel anführen, wo eine kampflustige, große Gewerkschaft so zerstückelt und paralysiert worden wäre, wie der Eisenbahnerverband von Lloyd-George mit den Bahndirektoren am 6. November.“

Die „Justice“ ist in ihrem Leitartikel ganz derselben Ansicht. Die organisierten Eisenbahner wurden von Lloyd-George vollständig betrogen. Sie ist der Meinung, daß die Eisenbahner das Recht hätten, das Abkommen zurückzuweisen und den Kampf wieder aufzunehmen.

Genosse Hyndman erklärte in einer öffentlichen Versammlung, das Abkommen sei eine miserable Niederlage der Eisenbahner. Bell habe alles preisgegeben, wofür die Eisenbahner sochten.

Ähnliche Ansichten hört man von den meisten Gewerkschaftsführern.

Gang wie bei uns.

In New Haven im nordamerikanischen Staate Connecticut ist der Gewerkschaftsbeamte Mc Bee von der Eisengießerunion zu einem Jahre Gefängnis (1) verurteilt worden, weil er die Streikbrecher einer großen Firma „eingeschüchtert“ haben soll, indem er ihnen Vorstellungen machte, daß sie ihre Arbeitsbrüder im Kampfe gegen Unternehmer nicht verraten dürften. — Man wagt sich in Amerika immer dreister mit Maßregeln gegen die organisierten Arbeiter vor. Sehr beliebt sind die sogenannten „Einhaltsbefehle“, die von Richtern ausgestellt werden und den Arbeitern gebieten, ihren Kampf einzustellen, weil dieses oder jenes Gesetz verletzt worden sei. Die Arbeiter haben dann zu warten, bis eine gerichtliche Entscheidung über ihren Fall vorliegt. Wenn auch praktisch die Wirkung solcher Einhaltsbefehle manchmal keine große ist, so sind dieselben doch sehr gefährlich, weil sie die Rechte der Arbeiter bedrohen.

Zu dem erwähnten Fall in New Haven schreibt die „New Yorker Volkszeitung“:

Die Verurteilung eines Unternehmers wegen eines derartigen Vergehens zu einem Jahre Gefängnis ist einfach undenkbar, während wir die Verurteilung eines Arbeiters aus diesem Grunde vor uns sehen. Und darum ist dieser Urteil ein Klassenurteil, das von Vertretern der bestehenden Klasse gefällt wurde, um die Klasse der Arbeiter in ihrem Kampfe um eine bessere Lebenslage niederzuhalten.

Vielleicht braucht es eine Reihe von derartigen Urteilen, um die Arbeiter Amerikas zu der Einsicht zu bringen, daß sie ihren Kampf gegen das Kapital nicht auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken dürfen, sondern daß sie den politischen Kampf in ihren Dienst zu stellen, die politische Macht für ihre Klasse zu erobern haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahlsieg.

Wandsbek, 18. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“) Die heutigen Stadtverordnetenwahlen brachten unserer Partei einen erfreulichen Erfolg. Trotzdem Wandsbek den höchsten Wahlsens der Provinz hat, der nur demjenigen das Wahlrecht gibt, die mindestens 1500 Mark Einkommen versteuern, wurde Genosse Pogore mit erheblicher Mehrheit gewählt. Ein zweiter sozialdemokratischer Kandidat erhielt eine starke Minorität.

Gewerbegerichtswahl.

Würzburg, 18. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“) Die hiesigen Gewerbegerichtswahlen brachten den freien Gewerkschaften 1850 Stimmen, während die Christlichen 580 Stimmen auf sich vereinigen. Da nach dem Proportionalwahlsystem gewählt wird, erhielten die freien Gewerkschaften 15, die Christlichen 5 Beisitzer. Gegenüber der vorigen Wahl ist bei den freien Gewerkschaften eine Zunahme von 500 Stimmen zu verzeichnen, die Christlichen haben 70 Stimmen mehr aufgebracht.

Eine Niederlage.

Offenbach a. M., 18. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen ist unsere Liste mit 4400 Stimmen gegen die bürgerliche Liste, die 4800 Stimmen auf sich vereinigte, unterlegen. In der Niederlage hat die liberale Behauptung der Gegner ihr gut Teil beigetragen, daß der Bürgermeister eine halbe Million Mark städtischer Gelder verpfändet habe. Bisher hatten unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit.

In die Tiefe gestürzt.

Essen a. d. Ruhr, 18. November. (B. L. Z.) Auf Höhe „Helene und Amalie“ stürzte heute nachmittags das Dachgerüst des neuen Maschinenhauses ein. Fünf Leute wurden in die Tiefe gerissen, einer war sofort tot, die vier anderen sind tödlich verletzt.

Flugversuche.

Paris, 18. November. (B. L. Z.) Farman versuchte heute, den Polar für Luftschiffahrt zu gewinnen. Er machte nach einander mehrere Versuche und legte Entfernungen von 400 bis 600 Metern mit nicht vollkommen arbeitenden Schraubenschiffen zurück, da der Motor teilweise versagte. Bei dem letzten Versuch durchflog Farman eine Strecke von 1500 Metern, berührte aber dabei dreimal die Erde.

Die beleidigte Armee.

Paris, 18. November. (B. L. Z.) Hervé und der Geschäftsführer des Journals „Guerre sociale“ sind unter der Anklage, die Armee beleidigt zu haben, vor das Schwurgericht gestellt.

Auch nicht übel!

Brüssel, 18. November. (B. S.) Dem Blatte „Peuple“ zufolge beabsichtigt der Antwerpener sozialistische Abgeordnete Terwagne einen Vorschlag einzubringen, welcher der Prinzessin Luise von Belgien eine Summe von 40 000 Fr. gewähren soll, um zu verhindern, daß der Verkauf der Juwelen der verstorbenen Königin Henriette stattfindet.

Neuer Schrecken.

Reggio di Calabria, 18. November. (B. L. Z.) Heute nachmittags 2 Uhr 20 Minuten erschütterte ein starker Erdbeben Brancalona, Bianco, Ferruzano und andere Ortschaften in dieser Gegend. Der Bewohner hat sich eine Paull bemächtigt, sie lagern trotz des schlechten Wetters unter freiem Himmel. Um 3 Uhr wurde hier ein zweites, weniger heftiges Erdbeben verspürt.

Aus Industrie und Handel.

Neugründungen im Oktober 1907.

Die Gründungstätigkeit hat erklärlicherweise stark nachgelassen. Der Oktober weist von allen bisher abgelaufenen zehn Monaten die kleinste Zahl von Neugründungen auf. Es wurden nämlich nach den Zusammenstellungen des „Intern. Volkswirt“ errichtet 11 neue Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 20 636 000 M. gegen 16 Gesellschaften mit 14 883 Millionen Mark im Vormonat und 27 Gesellschaften mit 84 458 Millionen Mark Nominalkapital (darunter eine 40 und eine 14 Millionen Gründung) im Parallelmonat des Vorjahres.

In den abgelaufenen zehn Monaten sind mithin 177 neue Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 250 048 000 M. ins Leben gerufen gegen 195 Gesellschaften mit 884 271 Millionen Mark in der gleichen Periode des Vorjahres und gegen 231 bzw. 204, 125, 92, 80, 108, 216 und 384 Aktiengesellschaften mit 478,30 bzw. 384, 384, 329, 115, 172, 340 und 544 Millionen Mark Nominalkapital in den vollen Jahren 1906—1899.

Krise in Amerika.

Dass die Krise in Amerika immer noch weiter greift, die Geldspannung noch nicht überwunden ist, Produktionsbeschränkungen größeren Umfangs annehmen, lassen die letzten Nachrichten aus den Vereinigten Staaten erkennen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Die Standard Oil Company zahlt ihren Arbeitern den Lohn in Schecks aus statt in bar. — Die Walfloer Banken beschließen angesichts der in den letzten Tagen erfolgten umfangreichen Abhebungen gemeinsame Maßregeln zu ergreifen. Voraussichtlich wird ein strikter Scheckverkehr eingerichtet werden. Zahlreiche neue Betriebsbeschränkungen werden gemeldet; die Cambria Steel Company hat jedoch ihren Betrieb ausgedehnt, ebenso die Midvale Steel Company. Auch die Piema Millen erklärt, dass überraschend viel neue Aufträge eingegangen seien. Weiter wird berichtet, dass auf Ersuchen des den Staat vertretenden Attorney-General für folgende sechs New Yorker City-Institute, welche vor kurzem ihre Zahlungen eingestellt haben, behördlich bestellte Verwalter eingesetzt worden sind: für die Borough Bank of Brooklyn, die Hamilton Bank, die Crooklyn Bank, die Williamsburg, die Jenkins, die International Trust Company.

Schatzsekretär Cortelhou kündigt nunmehr, wie per Kabel aus Washington gemeldet wird, die Ausgabe von 50 Millionen Dollar Panamanalobns an.

Intern 9. November schreibt man aus New York:

Die „finanzielle Panik“ macht sich bereits, und zwar in einer besonders für die Arbeiter sehr empfindlichen Weise, auch auf industriellem Gebiete geltend. Wie bekannt geworden, hatte bald nach der Verschlimmerung der Situation in New York eine Konferenz von Vertretern der Banken und industriellen Korporationen stattgefunden, in welcher das Abkommen getroffen wurde, die Arbeitslöhne (von den Gehältern der Beamten war nichts erwähnt), wenigstens teilweise, nicht in barem Gelde, sondern in Schecks (Anweisungen auf die Banken, aber vorläufig nicht einlöslich) zu zahlen. Von „Recht wegen“ müßten die Herren nun wegen Verschönerung zwecks Verleitung eines Staatsgesetzes unter Anklage gestellt werden, denn im Staate New York — wie wohl in den meisten Staaten — ist es gesetzliche Vorschrift, daß die Arbeitslöhne in barem Union Staats-Gelde zu zahlen sind. Daran hat aber bis jetzt keine Seele gedacht, und ich habe bisher auch in keiner Zeitung eine diesbezügliche Andeutung gefunden. Die „Standard Oil Co.“, in ihrer Eigenschaft als Ausbeutungsgonzern erster Klasse, hatte dieses „System“ schon vor der Konferenz eingeführt, und wie aus einer Anzahl Orte gemeldet wird, verlieren die Arbeiter bei Verzögerung ihrer Waren mittels dieser Schecks an die Geschäftslente bis zu 25 Proz., da diese Deutchen doch aus etwas für ihr „Mißo“ und dafür haben wollen, daß sie die Schecks erst nach ungewisser Zeit gegen bares Geld umtauschen können. (Sie können dieselben zwar auf den Banken deponieren, eingelöst werden sie aber vorläufig nicht.) Seitdem hat das „System“ schon an vielen Plätzen Eingang gefunden und ist besonders in Pittsburg zu umfangreicher Anwendung gelangt. Dort hat sich auch schon ein besonderes Wuchererelement bemerkbar gemacht, welches sich an den Zahltagen vor den Fabrikgebäuden einfindet und die Lohnschecks unter Berechnung eines „angemessenen Profits“ gegen Bargeld eintauscht. In Chicago hat die Kaufmannsvereinigung die Anwendung des „Systems“ beschlossen. Hier in New York scheint man aber einstweilen davon Abstand nehmen zu wollen. In Illinois streiken seit einigen Tagen 4000 dortiger Kohlenminer, denen ebenfalls die Löhne in Schecks gezahlt wurden, gegen dieses Verfahren. Nebenher laufen die Meldungen von Arbeiterentlassungen in den verschiedensten Landesteilen. An der Spitze stehen die Eisenbahngesellschaften, welche zum Teil tausende ihrer in den Lokomotiv- und Waggomanlagen, Reparaturwerkstätten und an neuen Eisenbahnbaustellen beschäftigten Arbeiter entlassen haben. In Montana, der Lake Superior Kupferregion und Arizona sind die Kupferminen zum Teil geschlossen, zum Teil ist ihr Betrieb eingeschränkt worden; ebenso in Kanada und in Mexiko, wo diese Minen von amerikanischen Gesellschaften geübt sind. Auch bezüglich anderer Industrien treffen vereinzelte Nachrichten gleicher Art ein. So sind in Minneapolis die Mehlmühlen des dortigen größten Konzerns temporär in Stillstand gesetzt worden, und zwar wegen der schlechten finanziellen Umstände, welche es der Gesellschaft unmöglich machen, Zahlungen auf die von den Farmern zu liefernden Kornfrüchte zu leisten. Andere Gesellschaften gleicher Art dort (Minneapolis ist der Zentralpunkt der Weizenmehlprouktion) sind dem Beispiel gefolgt oder haben den Betrieb eingeschränkt. Die „Am. Tobacco Co.“ hat ihre Zigarettenfabrik in Baltimore geschlossen, in welcher zirka 500 bis 600 weibliche Arbeiter beschäftigt waren. In den Werken der „General Electric (Edison) Co.“ in Brooklyn sind zwischen 400 bis 500 Arbeiter des Konstruktionsdepartements, Bureauangestellte und Verkaufsganganten „abgelegt“ worden. In den Hauptanlagen dieser Gesellschaft zu Schenectady hat schon vor einiger Zeit die Entlassung von 2000 der 15 000 Arbeiter stattgefunden.

Soziales.

Fabrik oder Handelsbetrieb.

Die Streitfrage, ob die Angestellte eines Fabrikanten als im Fabrikbetriebe oder im Handelsbetriebe beschäftigt anzusehen sei, hat wieder einmal verschiedenen gerichtlichen Instanzen zur Entscheidung vorgelegen. Ein Fabrikant war wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung angeklagt, weil er mehrere weibliche Angestellte in seiner Fäbrikfabrik am Sonnabenden nach 5 1/2 Uhr abends beschäftigt hatte. In der Fabrik des Angeklagten werden Waren auf Vorrat nicht gearbeitet, sondern nur Fächer angefertigt, die durch schließgeschlossene Staufschäfte bestellt sind. In dem Sortieren, Zusammenstellen und Verpacken der fertigen Fächer bestand die Haupttätigkeit der in Frage kommenden weiblichen Angestellten. Das Berufungsgericht hatte auf Freisprechung erkannt, weil es die betreffenden Angestellten nicht für Fabrikarbeiterinnen im Sinne des § 137 der Gewerbeordnung ansah. Das Kammergericht hob aus Rechtsgründen die Entscheidung auf. Die Strafkammer mußte sich noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen, kam aber wiederum zur Freisprechung. Die Strafkammer führte aus, daß die Tätigkeit, um die es sich hier handle, eine solche sei, die auf den Umfang der Arbeitsprodukte abzielt. Die Tätigkeit werde in vom Fabrikanten getrennten Räumen von einem besonders hierfür angestellten Personal ausgeübt und trete vorwiegend in kaufmänni-

cher Beziehung, nämlich in dem den Bestellungen entsprechenden Zusammenstellen und Einpacken der Sortimente zwecks postbegerlicher Fertigung der Sendungen zutage. Gegen das Urteil legte die Staatsanwaltschaft wiederum Revision ein. Diese ist aber vom Kammergericht zurückgewiesen worden. Das Kammergericht hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Frage, ob eine Arbeiterin in einem mit Fabrikbetriebe zusammenhängenden kaufmännischen Betriebe als Gewerbe- oder Handlungsgehilfin zu betrachten sei, davon abhängt, ob ihre Tätigkeit vorwiegend auf technische Dienstleistungen zur Verkauf- und versandbereiten Fertigung der Waren oder aber auf deren Umsatz gerichtet ist. Zum Fabrikationsbetriebe gehörig würde die Tätigkeit zu betrachten sein, wenn die Verrichtungen solcher Art sich nicht auf bestellte, für das Lager bestimmte Waren erstrecken und in unmittelbarem Anschluß an die fabrikmäßige Herstellung der Ware, sowie in räumlichem Zusammenhange mit dieser ausgeübt werden.

Diese Entscheidung steht in schärfstem Gegensatz zu dem Zweck der Arbeiterschutzbestimmungen und ist logisch unhaltbar. Die Frage wäre gegenüber der kammergerichtlichen Entscheidung so zu stellen: Kann der Gesetzgeber gewollt haben, daß zum Schutz der Gesundheit gewerblicher Arbeiterinnen gegebene Schutzvorschriften dann nicht Anwendung finden, wenn die Arbeiterin mit noch anderen Arten von Arbeit beschäftigt wird? Ferner: Wie glaubt denn das Kammergericht, daß zu entscheiden sei, wenn die Tätigkeit einer Arbeiterin sich zur Hälfte auf technische, zur Hälfte auf Verkaufstätigkeiten bezieht? Die Antwort auf diese Fragen zeigt die Unhaltbarkeit des kammergerichtlichen Standpunktes. Die immer weiter um sich greifende Neigung, durch Urteile Arbeiterschutzvorschriften fortzubetretieren, macht die Notwendigkeit eines vom Reichstag im Jahre 1896 auf Antrag der Sozialdemokraten geforderten einheitlichen Arbeiterrechts zu einer besonders dringenden.

Zum Züchtigungsrecht der Lehrer.

Die Volksschülerin Lotte Hahn in Magdeburg war am 19. Mai von der Lehrerin Haubrand mit einem Stock geschlagen worden. Demnach wurde ein Schlüsselbruch bei dem Mädchen festgestellt. Der Vater glaubte, beides hänge ursprünglich zusammen, und stellte Strafantrag wegen Körperverletzung. Das Oberlandesgericht Raumburg beschloß entgegen der Staatsanwaltschaft, daß öffentliche Anklage wegen Amtsmißbrauch zu erheben sei. Zugleich klagte Herr Ruchschnermeister Hahn im Zivilprozeß auf Schadenersatz. Die Regierung zu Magdeburg erhob Konflikt und verlangte endgültige Einstellung des Zivilverfahrens und des Strafverfahrens. Auf Grund von Erhebungen und Gutachten ging die Regierung davon aus, daß der Schlüsselbruch nicht Folge der Schläge sei, sondern, daß er von einem Fall auf die Schulter herrührte. Es wurde von ihr als dargetan erachtet, daß das Mädchen am nächsten Tage noch am Turnunterricht teilgenommen habe und daß die Schulerinnen auf dem Heimwege vom Turnunterricht das Schlangenspiel ausführten, wobei Lotte Hahn auf die Schulter fiel. Die Regierung nimmt an, nach Befundung der Rinder habe das Mädchen bei dem Fall ausgeschrien und dann über Schmerzen im Arm geklagt, während es vorher nicht über Schmerzen geklagt habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte am Freitag den Konflikt der Regierung für begründet. Es war der Ueberzeugung, daß kein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Züchtigung und dem Schlüsselbruch bestehe. Wenn man dies auch wegfiele, so wäre noch zu prüfen, ob die Lehrerin nicht sonst durch die Züchtigung ihre Amtsbefugnisse überschritten habe. In Betracht komme, daß die Schläge nicht zu Mißhandlungen ausgedehnt werden dürfe, welche geeignet seien, die Gesundheit der Kinder auch nur auf engerer Weise zu schädigen. Das sei vorliegend nicht der Fall. Die Schläge, die das Mädchen in geringer Anzahl über den Rücken erhalten habe, hätten allerdings Striemen hinterlassen. Daraus sei aber die Gesundheit noch nicht geschädigt. Es beweise nur, daß ein Schmerzgefühl hervorgerufen sei, und das wäre ja der Zweck der Züchtigung. Eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts falle der Lehrerin nicht zur Last. Das Strafverfahren wie der Zivilprozeß seien endgültig einzustellen.

Damit ist dem Vater das Recht genommen, durch das Zivilgericht feststellen zu lassen, ob die Verletzung seiner Tochter Folge der Züchtigung gewesen und die Lehrerin deshalb schadensersatzpflichtig sei. Gleichzeitig ist auch eine Würdigung des Falles vor dem Strafgericht unmöglich gemacht. Und dies wiederum das Oberlandesgericht entgegen der Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Anklage angeordnet hatte! Diese Möglichkeit, gerichtlichen Verfahren durch Verwaltungsbehörden in den Arm zu fallen, wenn es sich um Ansprüche gegen Beamte handelt, zeigt, wie weitab von einem Rechtsstaat Preußen sich befindet, in dem nicht Verwaltungsbehörden, sondern lediglich Richter zu entscheiden hätten.

Haben Krankenkassen eine Erhaltungspflicht an den Armenverband bei Familienunterstützung?

Die Frau des Arbeiters Grote, der bei der Betriebskrankenkasse der Stettiner Aktiengesellschaft „Vulkan“ versichert ist, war erheblich zu Schaden gekommen. Im Wege der öffentlichen Armenpflege wurde sie im Johanniter Krankenhaus in Jülichow bei Stettin untergebracht und dort 17 Tage lang verpflegt und behandelt. Dem Armenverband entstanden dadurch 46,75 Mark Kosten. Da die Betriebskrankenkasse „Vulkan“ Familienunterstützung gewährt (§ 21 des Krankenversicherungsgesetzes), so beantragte der Armenverband von der Kasse Kostenersatz auf Grund des § 57 des Gesetzes, der von den Ersatzansprüchen der Gemeinden und Armenverbände gegenüber Krankenkassen handelt. Und zwar forderte der Armenverband Ersatz in der vollen Höhe seiner Leistung, also 46,75 Mark. Die Kasse verweigerte jeden Ersatz, weil sie Familienunterstützung statutarisch nur in Form freier ärztlicher Behandlung durch den Kassennarzt gewähre. Sie meinte, es falle schon darum jeder Ersatzanspruch fort, denn die Frau ihres Mitgliedes Grote sei ja nicht vom Kassennarzt behandelt worden. Der Bezirksausschuß zu Stettin wies auch die Klage des Armenverbandes ab. Er folgte der Auffassung der Kasse.

Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch am Donnerstag dies Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksausschuß zurück. Begründend wurde ausgeführt: Beide Parteien gingen mit ihrer Auffassung zu weit; der Armenverband, indem er hier alles verlangte, die Krankenkasse, indem sie nichts geben wollte. Die Sache liege so: Auch bei Familienunterstützung finde § 57 des Krankenversicherungsgesetzes Anwendung, da sie, wenn eingeführt, eine gesetzliche Leistung sei. Vorliegend habe nun der Armenverband durch die Unterbringung der Frau Grote im Krankenhaus seiner gesetzlichen Verpflichtung genügt, sich Hilfsbedürftiger anzunehmen. Seines Ersatzanspruchs an die Kasse gebe er an sich nicht verloren, wenn er bei Ausübung seiner Pflicht etwas für erforderlich erachtete, was die Kasse im Statut nicht vorsehe, wenn er sich also nicht an die statutarische Bestimmung der ärztlichen Behandlung durch den Kassennarzt hielt. Andererseits könne er aber nur das erstattet verlangen, was die Kasse nach Maßgabe ihres Statuts der Erkrankten hätte leisten müssen. Somit müsse, wenn das auch schwierig sein möge, vom Bezirksausschuß festgestellt werden, welche Kosten der Kasse allein durch ärztliche Behandlung, und zwar durch Behandlung eines gewöhnlichen Arztes, entstanden sein würden. Dieser Betrag sei dann dem Armenverbande zu erstatten.

Verfehlter Versuch eines „Jugendgerichtshofes“ in Frankfurt a. M.

Nach den Mitteilungen des „Waisen- und Armenamtes in Frankfurt a. M.“ soll nach der „Frankfurter Zeitung“ dortselbst durch das Entgegenkommen der Gerichtsverwaltung der erste Versuch eines Jugendgerichtshofes gemacht werden, und zwar einfach in

der Art, daß alle Straffachen gegen Jugendliche einem Richter überwiesen und diesem zugleich die Funktionen des Vormundschaftsrichters übertragen werden. Eine solche Institution verdient den Namen eines Jugendgerichtshofes keineswegs, sie ist vielmehr eine Anstalt der im Interesse der Verwahrlosung Jugendlicher durch ungerichtete Gerichtsurteile so notwendigen, besonders, aus allen Teilen der Bevölkerung zu wählenden Organisation, die darüber zu entscheiden befugt wäre, ob und wie eine vernachlässigte Erziehung angelegter Kinder nachgeholt wäre. Kinder gehören nicht vor den Strafrichter. Der Frankfurter Strafrichter bestreitet seine Eigenschaft als solcher dadurch nicht, daß er auch Vormundschaftsrichter ist. Da ist die am 9. d. M. von und aus Haspe in Bessfulen gemeldete Einrichtung, daß die Schulleiter vor Erhebung einer Anklage zu hören sind, weit verständiger. Sie hatte bekanntlich den Erfolg, daß innerhalb des verfloffenen Jahres von 15 gegen Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren geplante Anklagen infolge der erstatteten Gutachten 13 unterblieben.

Kompensation gegen Lohnforderungen unzulässig.

Der Dreiradfahrer D. wurde gestern vom Gewerbegericht mit einer Lohnschadigungsflagge abgewiesen, weil ein Entlassungsgrund darin liege, daß er den Werkmeister bedrohte. Dagegen wurde ihm rückständiger Lohn von 8 Mark zugesprochen mit der Begründung, daß Vellagier nichts für ein verbrochenes Schloß abziehen dürfe, da die Kompensation gegen verdienten Lohn nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 304) nicht zulässig sei.

Kaufmannsgerichtswahl in Stuttgart.

Bei den in der verfloffenen Woche in Stuttgart vorgenommenen Wahlen zum Kaufmannsgericht, bei denen es sich um 30 Gehilfenbeisitzer handelte, wurde auf das lebhafteste zwischen Antisemiten (Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverein) und den im Zentralverband deutscher Handlungsgehilfen (Gewerkschaft) organisierten Gehilfen gekämpft. Die Wahl fand nach dem Grundsatze der Proportion, aber mit gebundenen Listen statt, d. h. die Abänderung einer Liste hatte deren Ungültigkeit zur Folge. Das Ergebnis der Wahl ist nunmehr wie folgt festgestellt: Der „Zentralverband“ hat 6 Sitze, der „Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverein“ 13, der „Berein deutscher Kaufleute“ (Hirsch-Dunder) 14 Sitze erhalten, während einer Vereinigung von Vereinen (unklare Ziele) 10 Sitze zugefallen sind. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Proz der Wahlberechtigten.

Zur Lage der Staatsarbeiter.

Nicht nur Preußen, auch Bayern kennt eine horrende schlechte Besoldung der staatlichen Arbeiter. So gibt es in Bayern eine Kategorie von Eisenbahnarbeitern mit 2,80 M. Tagelohn, welcher nach fünfjähriger Dienstzeit um 10 Pf. und nach achtjähriger Dienstzeit wiederum um 10 Pf. erhöht wird. Nach 11 Jahren hat ein solcher Arbeiter also schon — 3,10 M. pro Tag, und er darf sich davon noch pro Woche 85 Pf. Rassenbeiträge abziehen lassen. Bleibt also ein reiner Tagesverdienst von 2,65 M. — Und bei einem solchen Verdienst sollten Staatsarbeiter zögern sich der Sozialdemokratie anzuschließen?

Gerichts-Zeitung.

Im Grabe angeklagt.

Mit einer schweren Anklage wider die so viel gepriesenen gegenwärtigen Gesellschaftszustände beschäftigte sich am Sonnabend die Strafkammer in Halle. Angeklagt war, so unglücklich das auch erscheinen mag, auf Antrag der Militärbehörde wegen unerlaubter Auswanderung der 23jährige aber bereits verstorbene approbierte Arzt Wilhelm Koch aus Halle. An einem Septembermorgen hatte der als auserst bescheiden und ruhig bescheidete junge Mann seiner Zimmerwirtin ein Sparkassenbuch über 120 M., seine Taschenuhr, andere Wertgegenstände und einen Brief mit der Aufschrift: „Mein Testament“ auf den Tisch gelegt und war dann auf Zimmerwiedersehen fortgegangen. In dem Briefe teilte der Schwermütige mit, daß er als Schriftsteller für sein Manuskript leider keinen Verleger gefunden habe, und ihm nichts weiter übrig bleibe, als den Tod in der Seele zu suchen. Er werde in der besten Ueberzeugung, daß die sozialistischen Ideen siegen werden, da sie die höheren und besseren seien. Leider sei es ihm nicht mehr vergönnt, an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten, denn seine Kraft sei durch eine trübe Jugend und die blödsinnige Gymnasialerziehung vorzeitig gebrachen worden. Er habe wenig fröhe Tage erlebt. Der Brief schloß mit den Worten: „Die Zeit wird kommen, da die Dreckmasken, die Larven fallen werden.“ Der Ueberzieher des Unglücklichen ist an einer Saalebrücke gefunden worden; die Leiche aber noch nicht. Da nun der Vater Koch sich in der Hoffnung wiegte, sein Sohn, der sich in Deutschland nicht wohl fühlte, sei vielleicht nur ausgewandert, so glaubte die Militärbehörde den Unglücklichen in seiner Eigenschaft als Assistenzarzt der Reserve verfolgen zu müssen. Der Staatsanwalt beantragte dann auch gegen Koch „wegen unerlaubter Auswanderung“ 100 M. Geldstrafe. Das Gericht erklärte jedoch nach Kenntnisnahme von dem Inhalt der Nachlasshaften die Strafverfolgung für unzulässig, da es zu der Ueberzeugung gekommen sei, der „Angeklagte“ hat seinen Selbstmordentschluß auch ausgeführt und sei bereits tot. — Wird die Militärbehörde und die Staatsanwaltschaft gegen den Toten noch weiter prozessieren?

Der große Seidenbiefstahl bei Runge

bildete die Grundlage einer Anklage, die vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I vorgelesen gegen den 20jährigen Zeichner Erich Schneider, den Schmied Kader Dorakowski, den Arbeiter Otto Dünge und den Händler Otto Fiedler zur Verhandlung gelangte. Der letzte Angeklagte stand unter der Anklage der Hehlerei. Die Verhandlung hatte mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da Dinge, der früher seine Mitwirkung bei dem Diebstahl eingestanden und die übrigen Angeklagten belastet hatte, plötzlich den „wilden Mann“ spielte. Auf die Frage nach seinem Namen erklärte er, „er sei der Sohn des Kaisers Friedrich“, dann zog er sich seinen Rock aus, blieb in Hemdsärmeln stehen und stierte unbewandt die Rede des Saales an, ohne auch nur auf eine einzige Frage des Vorsitzenden zu reagieren. Es blieb nichts anderes übrig, als Dinge abzuführen. Er soll auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Die Verwisaufnahme entrollte folgendes Bild. In der Nacht zum 5. April d. J. wurde bei dem Agenten Gustav Runge in der Zimmerstr. 64 ein Einbruchdiebstahl verübt, bei welchem für etwa 15 000 M. Seide gestohlen wurde. Nach dem Geständnis des Schneiders haben die Einbrecher nachts die Haustür mit einem Dietrich geöffnet und sind auf den zweiten Hof gelangt, in dessen Seitenflügel sich das Lager befindet. Auf einer Leiter, die sie auf dem Hofe fanden, stiegen sie an das Fenster, drückten ein Scheibe, die sie mit Seife beschmiert hatten, ein und krochen in den Lagerraum. Dort packten sie Seide im Gewicht von etwa 5 Zentnern zusammen und beförderten sie über eine Rauce nach dem Rebengrundstück Nr. 83 und von dort durch das Haus Schäferstraße 16 auf die Straße, wo sie die Beute auf einem bereit stehenden Handwagen davon führten. Nach längeren Verwahrungen gelang es der Kriminalpolizei, den Schneider als einen der Einbrecher zu verhaften. Später wurden die übrigen Angeklagten verhaftet. Schneider behauptet, daß ein alter, inzwischen verstorbenen Verbrecher namens Ruchschner, die Gelegenheit zum Diebstahl ausbaldowert und ihn und einen anderen Mann, den Schneider nur unter dem Spitznamen „Kavalier-Ernst“ kennen will, aufgereicht habe, den Diebstahl auszuführen. Ruchschner soll die Seide verschärft und als Erlös 2000 M. gebracht haben, wovon

Schneider und sein Komplize je 900 M., Marschner aber als Be-
lohnung für seine Mithaltung 200 M. erhalten haben soll. Der
Angeklagte Dorosowski ist der Beihilfe beschuldigt, weil er einige
ihm von Marschner übergebene Padeie Seide fortgetragen habe.
Zu Fiedler soll nach den Behauptungen des Dinsje und nach Rede-
reden, die in Kaserne laut wurden, Seide geschaffelt worden
sein. Fiedler widerspricht der Anschuldigung mit großer Energie.
Es handle sich lediglich um eine Art Hochzeit gegen ihn. Tatsäch-
lich sei Schneider eines Tages bei ihm erschienen und habe
ihm 30 Meter Seidenstoff zum Kauf angeboten, er habe jedoch an
jenem Tage keine Zeit gehabt und den Schneider zu einem anderen
Tage wiederbestellt. Bei dem zweiten Besuch habe Schneider die
Gelegenheit benützt, ihm eine goldene Uhr nebst Kette aus dem
Schimmer zu stehlen und damit unter Zurücklassung eines Regen-
schirms zu verschwinden. Tatsächlich hat Schneider die Uhr ge-
stohlen. Er hatte sogar die Dreistigkeit, zwei Stunden später den
Arbeiter Diebstahl, der sich obdachlos umher treibt, zu Fiedler zu
schicken und die Herausgabe des Schirms zu fordern. Fiedler
schloß zunächst die Tür, um den ihm Unbekannten zu zwingen, sich
zu legitimieren und Namen und Wohnung des Schneiders zu nennen.
Diebstahl führte den Fiedler dann kreuz und quer durch verschiedene
Straßen und Lokale, ohne Schneider zu finden. Fiedler erklärte
schließlich kategorisch, daß er Schneider unweigerlich dem Staats-
anwalt anzeigen würde, wenn er ihm nicht die gestohlene Uhr
zurückbrächte. Fiedler behauptet nun, daß lediglich diese Drohung
die Beteiligten veranlaßt habe, ihn der Heilerei zu bezichtigen.
Sein Verteidiger beantragt die Ladung des Diebstahl als Zeugen,
da er den Antrag stellen werde, den Angeklagten Fiedler wegen
unschuldig erlassener Untersuchungshaft zu entschädigen. Dem
Antrag wurde stattgegeben und die Verhandlung nach längerer
Dauer vertagt. Die Angeklagten Fiedler und Dorosowski wurden
aus der Untersuchungshaft entlassen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Warenhausboykott und die Frauen.

Die Leser des „Vorwärts“ kennen die Ursache, die zum
Boykott der Firma Jandorf führte. Der Ausspruch des Boykott
genügte nicht, um die laufende Masse von Jandorf fernzuhalten,
dazu war das ganze Wesen und Geschäftsprinzip dieses Waren-
hauses nicht angetan. Fast durchweg besteht das in Jandorfs
Geschäften laufende Publikum aus Arbeiterfrauen, kleinen
Beamten, überhaupt aus Leuten, die mit dem Pfennig zu rechnen
gezwungen sind. Die große Mehrzahl derselben ist mit den Be-
schlüssen der organisierten Arbeiterschaft nicht genügend bekannt
geworden, oder derweilte Boykott auch wohl mit Sperte. Und
als der Boykott ausgesprochen war, machte die Firma ganz be-
sondere Anstrengungen, um Käufer anzuziehen. Die Lebensmittel-
preise wurden herabgemindert, Raffiner kaufte man z. B. für 65 Pf.
pro Pfund, dazu gab es auf sämtliche Waren doppelte Rabatt-
marken und schließlich obendrein noch gratis Tee usw. Das war
verlockend für das magere Portemonnaie der Arbeiter-
und Beamtenfrau. Der Ausspruch des Boykotts allein hätte diese
Käufer nicht ferngehalten. Hier mußten andere Mittel an-
gewandt werden. So traten denn unsere Frauen in Aktion. Nicht
nur die männliche organisierte Arbeiterschaft kennt Solidarität
ihren Klassenangehörigen gegenüber, auch die Arbeiterfrauen wissen,
was in solchen Fällen zu tun ist. Eines solchen Anstoßes hatte es
nur bedurft, um die sonst durch wirtschaftliche und vereinsge-
sellschaftliche Hindernisse stets in den Hintergrund gedrängten Frauen her-
auszuloden. Freudig ergriffen Hunderte die Gelegenheit, aus der
aufgedrungenen Passivität einmal herauszukommen und aktiv in
den Kampf der Arbeiterklasse einzutreten. Alle die vielen, mit
Kindern gesegneten, mit Berufs- und Hausarbeitsarbeiten
reichlich beladenen Arbeiterfrauen machten es möglich, ein paar
Stunden des Tages frei zu sein, um an die Geschäfte von Jandorf
zu gehen, dort Sondertitel mit dem Hinweis auf den Boykott zu
verteilen, oder mündlich die Kunden auf das Geschehene auf-
merksam zu machen. Und wie eifrig, wie geschäftig sind viele
zu Werke gegangen! Eine Begeisterung herrschte unter den
Frauen, wie mancher es wohl nie geahnt. Diese Begeisterung
freigete sich noch, wenn durch besonders schlaue Tricks Käufer hin-
ausgelockt oder wenn Frauen verhaftet wurden. Mit dem letzteren
Umstand hatte man ja von Anfang an rechnen müssen, denn daß
sich die Polizei in den Dienst des Kapitals stellen würde, das war
vorauszusehen. Man wußte von vornherein, daß auch die Frauen
nicht ungeschoren bleiben würden. Ein zahlreiches Schutzmanns-
ausgebot stand jederzeit der Firma zur Verfügung. Standen ein
paar Frauen vor einem Geschäft zusammen und plauderten, wie

es sonst auch tagtäglich geschieht, so kam gleich ein Schutzmann
und beseitigte dieses „Verkehrshindernis“. War eine Frau in
einem der Geschäfte gegangen, um zu sehen, wie der Umsatz sich
gestaltete, so wurde sie bei der leisesten Berührung mit dem
laufenden Publikum von einem Angestellten ergriffen, draußen
einem bereitstehenden Schutzmann übergeben und zur Wache
geführt. Im Eifer des Gefechtes wurden auch wohl ganz harm-
lose Käuferinnen verhaftet. Aber trotz Polizei und Spione brachten
es die Frauen sogar fertig, Käuferinnen vom Ladentisch wegzulodern.
Männer und Frauen, in allen möglichen Verkleidungen,
umlagerten als Spitzel die Warenhäuser; junge Burschen, kaum
der Schule entwachsen, halfen bei diesem schwächlichen Gewerbe.
Aber das konnte unsere Genossinnen und Genossen nicht abhalten,
ihre Pflicht zu tun. Ihnen waren die Spitzel der ganzen Gegend
bald bekannt, so daß sie ihnen nicht ins Garn gingen.

Eine unglaubliche Dreistigkeit besaß ein Angestellter im Ge-
schäfte Andreasstraße; er ergriff eine unserer Genossinnen und
sperrte sie in den Keller, ließ einen Schutzmann herbeiholen, der
die ihrer Freiheit beraubte dann auch wie auf Befehl verhaftete.
Wie großartig der Boykott gewirkt, wie nützlich den Aus-
gesprochenen die Beihilfe unserer Frauen war, zeigten die immer
leerer werdenden Geschäftslöcher. Namentlich in den Arbeiter-
gebieten am Kottbusser Damm und in der Brunnenstraße nahm
das laufende Publikum täglich ab.

Ueber eine Woche hatte diese Kraftprobe mit Hilfe unserer
Frauen gedauert, als Jandorf einsah, wer hier der Stärkere sei.
Weihnachten stand vor der Tür und der Käufer wurden immer
weniger. Er mußte wohl oder übel an eine Einigung denken.
Die gemeinschaftlichen Verhandlungen der maßgebenden Körper-
schaften der organisierten Arbeiter mit den Vertretern der Firma
haben zum Abbruch des Kampfes geführt. Unsere Frauen-
bewegung, das muß anerkannt werden, hat den Boykott als
Waffe gegen das Kapital zu Ehren gebracht. Bisher hat man
die Organisation der Frauen von manchen Seiten als etwas be-
trachtet, was wohl da ist, aber eigentlich nicht da zu sein braucht,
das dürfte sich nun doch wohl ändern.

Die Berliner Genossinnen haben zum zweiten Male in einem
wirtschaftlichen Kampf eingegriffen und dabei glänzend die Probe
bestanden. Und sie werden weitere Beweise ihrer Kampffähigkeit
im Kampftage liefern.

Versammlungen - Veranstaltungen.

- Bankow.** Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche
Versammlung bei Großkurth, Berlinerstr. 27. Vortrag Gen.
Kahler: „Arbeiterorganisationen einst und jetzt.“ Neuwahl
und Bericht der Vertrauensperson.
- Charlottenburg.** Donnerstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Volkshaus, Köpenickerstr. 8, Vortrag. Genosse Harder:
„Sexuelle Erziehung.“
- Mariendorf.** Mittwoch, den 20. November, nachmittags 4 1/2 Uhr,
bei Reichert, Chausseestr. 27, Vortrag. Dr. Alfred Beckstein:
„Öffentliche Gesundheitspflege.“
- Treptow-Baumshulweg.** Donnerstag, 21. November, abends
8 1/2 Uhr, bei G. Christ, Baumshulweg, Ernststr. 20, Vortrag,
Gen. Bagels.
- Brix.** Donnerstag, 21. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Weniger,
Brix, Werderstraße, Vortrag. Gen. Kimmrik.

„Ganggenossenschaft Paradies“. Die Genossen sämtlicher Bezirke
treffen sich mit den Vauwower Genossen am Freitagvormittag bis 10 1/2 Uhr
am Bahnhof in Grünau zur Beschäftigung der Neubauern der Kolonie in
Vohndorf. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Eingegangene Druckschriften.

Völkischer Postillon Nr. 21 erschien im Verlage von R. Ernst
in München. Das Titelbild bringt ein Porträt des bairischen Königs mit
dem Text: Die alles herabwürgende Feder mit dem scharfen Gifte der Lüge.
Auf der Innenseite zeichnet Diavolo eine hervorragende politische Skizze
des Kaiserreichs. — Auch dem Jar aller Reichen und seiner Duma ist ein
farbiges Bild beige. — Am Schluss wartet das berühmte Sprichwort
monopol die arme Germania bis zum Verfall. — Das Zeitgedicht
patriotischer Schwinnel offenbart den schändlichen Trug in der berühmten
Koch nach der Reichstagswahl. — Das Unheil (Web.). — Weiterzählung.
— St. Schuppel. — Stilligkeit und Gehalt. — Die Jagd nach meinem Rinde.
— Liebe. — Selbstliebe. — Deutscher Heidenfang (Web.). — Gassen.
— Im-Ohn-Lokette. — Sächsische Gemütskraft. — Zweierlei Tag.
— Leopolds Vaterglück. — Viele mitunter recht giftige Schmarren beleben den
Inhalt der Nummer, die an den bekannten Stellen für 10 Pf. zu haben ist.
Der Stammbaum der Seele. Von Einbartel Dr. Lohndorf.
Preis 1,50 M. — Vom Urtier zum Menschen. Von Dr. Hubert
Ragnus. Karl Neher, Verlagshandlung in Halle a. S. Preis 2 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweiter
Stock, dritter Eingang, vier Treppen, Sprechstunde 10
Wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Bestenfalls 7 Uhr
Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein
Büchlein und eine Zahl als Merkzeichen beizubringen. Briefliche Antworten
werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

S. S. 3. 1. Ja. 2. Das Heilige Gemeinrecht betrachtet den gesamten
Arbeitstag als Einheit. Es wäre also für den vollen Tag zu zahlen.
3. Wenn Sie die Stellung eines Werkmeisters einnehmen, so würde der
jetzige Ausschlag der Rindung nicht mehr zu Recht bestehen, Ihnen
vielmehr eine sechsmonatliche Rindungspflicht zum Erlöse des Quartals
zuzurechnen. Dasselbe gilt auch für die anderen Genossen zu. — **O. 7. Ja.**
— **Roland 88.** 1. Ja, aber es darf eine weitere Annäherung nicht statt-
finden. 2. Darüber besteht leider keine gesetzliche Vorschrift. Die Dienstzeit
ist ungedrungen. — **G. W. 33.** 1. Statt Ihrer würden Ihre Frau und Ihre
Kind als Erben eintreten. 2. Sie können Vorschlag verlangen, dann gilt
aber der übrige Teil des Testaments nicht zu Ihren Gunsten. Der Vorschlag
beträgt die Hälfte der gesamten Verlassenschaft. Auf denselben ist das zu
Verbleiben des Vaters erhaltene anzurechnen. Wenn Ihr Vater schon länger
als drei Jahre verstorben sein sollte, können Sie das Vorschlagsrecht nicht
mehr geltend machen. — **S. B. 181.** 1. Offenbacher Straßensasse für
Frauen und Mädchen, Prinzenstr. 66 bei Dinsje. 2. Ihre Frau kann sich
selbst weiter beschaffen. In diesem Zweck muß sie mindestens 40 Mark in
zwei Jahren haben. — **D. R. 27.** Die Eltern können während Lebzeiten
mit ihrem Vermögen machen, was sie wollen. Ein Vorschlagsrecht ent-
steht erst nach ihrem Tode und nur hinsichtlich des Nachlasses. Gegen
die von Ihnen geschuldete Versorgung können Sie nichts machen.
— **Elisabeth 0102.** 1. Ja, Sie, Ihr Mann und der Vormund müßten
die erforderlichen Erklärungen auf dem Standesamt abgeben. 2. Das ist
zulässig. — **G. W. 7.** Ueber den Kauf der betreffenden Firma wissen wir
nichts Rechtliches. — **J. S. 95.** Leider ja. — **H. G. 22.** Nein.
— **A. 2. 21.** Wegen Überdruß kann auf Befreiung nur innerhalb
6 Monaten nach Kenntnisnahme von demselben geklagt werden. — **W.**
1000. Bedenken Sie sich an einen Arzt. — **R. W. Wobbit.** Ein
mehrteiliges Testament ist zu empfehlen. — **T. W. 13.** Eine Ver-
erbungsanfrage hätte wenig, eine Anfrage wegen wissenschaftlicher
Denkmalschutz gar keine Aussicht auf Erfolg. Die Kosten würden für den
unterliegenden Teil der Privatlage etwa 30 Mark betragen. — **H. R.**
3. 50. Der Antrag ist bei dem Magistrat, Abteilung für Versicherungs-
wesen am Köpenicker Park zu stellen. — **H. G. Rein.** — **J. G. 3.**
2. 32. Bedenken Sie sich an die Offenbacher Sasse für Frauen und
Mädchen, Prinzenstr. 66 bei Dinsje. — **H. R. 26.** Eine Abkündigung wäre in
Ihrem Fall unzulässig. — **H. S. 68.** Teer ist nicht zu empfehlen. —
G. 1. Für wie viel Tage abzugeben ist, hängt vom richterlichen Ermessen
dabei ab, was in Ihrem Falle als erhebliche Zeit zu erachten ist. Mög-
lichst hierfür ist insbesondere die Länge Ihres Arbeitsverhältnisses, aber
die Sie nicht mitteilen haben. — **Streitkräfte.** Unteroffizier.
J. Krüde. 1. Sobald Sie ausgetreten sind, ist die Rindung der Landes-
angehörigen. 2. Ihre bisherige Religion. 3. Amtsgenossin. — **W. 2.**
1. 100. 1. Nein. 2. Das kann jeder halten, wie er will. — **Genosse 66.**
1. Nur mit Zustimmung des Mannes. 2. Die Sachen
halten. — **S. R. 22.** Falls Sie geschäftig sind ja, sonst
nein. — **S. 123.** Die Klage wäre unzulässig. — **14. Ja.**
— **Glück. R.** Sie müssen schließlich Ihren Austritt erklären, damit Sie
nicht noch ein Jahr länger Kirchensteuer zu zahlen haben. Die Kosten des
Austritts betragen pro Kopf 3,50 M. Wenn Sie beide ausgetreten sind
(auch in diesem Jahre), so haben Sie Kirchensteuer vom 1. Dezember 1908
ab nicht mehr zu zahlen. — **W. 24.** Das zukünftige Amtsgenossin ist
das Recht des Bezirks, in dem Sie jetzt Ihren Wohnsitz haben, also Berlin.
— **H. Winkler 41.** Geld wird auch von den nicht der Gemeinde An-
gehörigen bei den rindlichen Sparkassen angenommen. — **C. W. 53.**
1. Vorschlag. 16. Stiftungsgesellschaft. 2. Leider nein. — **G. R. 100.** Ihre
Frau könnte auf Aussteuer klagen. — **T. C. 1.** Ihr Schwager. 2. und
3. Das Geld kann mit Verzicht brennt werden, wenn die Forderung
bereits feststeht, also, soweit ersichtlich, bereits jetzt Befreiungnahme
kann der ausbringen, der eine vollstreckbare Forderung besitzt. Ihre
Forderung könnte eventuell durch Erlaß eines Zahlungsbefehls vollstreckbar
werden. — **Johanna 19.** Ihre Klage hat durchaus Aussicht auf Erfolg.
— **W. 77.** 1. Sie können ruhig bei der Deutschen Bank hinterlegen, für
tägliches Geld erhalten Sie vorläufig 3 1/2 Proz. für Geld, das vier-
wöchentlich gefälligst werden soll, noch mehr. 2. Ein Weiterleben würde in
Ihrem Fall nichts nützen. — **C. R. 999.** Die Aufgebote werden im Rat-
haus ausgehängt. — **G. v. G.** Da Sie der Erbchaft nicht entzagt haben,
würden Sie in Höhe des Nachlasses zur Zahlung verpflichtet sein. —
C. W. 3a. 1. Der Unfall ist im Recht. 2. Sie würden auch später die
Kosten zu tragen haben. — **T. G. 32.** 1. Ja. 2. fünf Jahre. 3. Ja.
— **R. 6519.** 1. Das ist bei den verschiedenen Kirchen verschieden.
2. Amtsgenossin. 3. Ja. — **S. S. 35.** Ihnen steht als Quasiungs-
gebäude eine sechsmonatliche Rindungspflicht zum Erlöse des Quartals zu.
— **S. 17.** Ja. — **G. S. 100.** Sie tun besser zu zahlen, da der Abzug
als ungeschäftig erachtet werden dürfte. — **S. 24. 61.** Kinder sind
gewöhnlich zur Unterhaltung ihrer hilflosen Eltern soweit verpflichtet,
als dies ohne Beeinträchtigung ihres eigenen notwendigen und des händes-
gemäßen Unterhalts ihrer Familie möglich ist. — **H. G. 100.** 1. Ja. 2. Im
Januar. — **V. 2. 201.** Die Versicherung für Darlehen beträgt 30 Jahre.
— **S. 20.** Die Reichsbank ist eine Aktiengesellschaft unter Staatsaufsicht.
Bei der Sparkasse können Sie das Geld eventuell auf mehrere Bücher
einlegen.

Sofastoffe
Ressenauswahl aller Qualitäten.
Wolle. Reste! Noquettes.
Pflach. Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Berlin, 150.
Emil Lefevre, Oranienstr.

Gelegenheitskauf.
Wir empfehlen zu bedeutend
herabgesetzten Preisen: 225/27
Gesundheitsschutz
in Staat, Gemeinde und Familie.
Herausgegeben unter Mitwirkung
von Ärzten und Fachgelehrten
von Emanuel Warm.
624 Seiten, mit 10 Tafeln
und 134 in den Text gedruckten
Abbildungen.
— Elegant gebunden. —
Statt bisher 4.— M. nur 1.50 M.
Expedition des Vorwärts
— Berlin SW. 68 —
Lindenstraße 69 (Aden).

Ober-Schöneweide.
Allen Freunden und Bekannten
empfehle mein 7824*
Weiß- und Bayrischbier-Lokal.
Eduard Sielof.
Knechteng-Ohmstrassen-Ecke.

Buflag. Sporthaus.
Groß. Schlachtfest
waga freundlich einladet
14015 Max Mörchel.
Schuhholz Schönholz
Kastanienwäldchen
Mittwoch (Buflag) Schlachtfest
20. November: Schlachtfest
verbunden mit gr. Wurstessen,
wogu ich alle Freunde und Be-
kanten einlade. Herm. Ramlow.

Großen Vorteil
für Berlin und Vororte
bietet das neu eröffnete
— Versandhaus —
Berliner Herren-Moden
Stralauerstraße 28, hochpartier
(am Molkenmarkt).
Es liefert an jedermann selbst-
hergestellte, gedieg., schicke
Herrenbekleidung, fertig und
nach Maß gegen wöchentliche
Teilzahlung von 1 Mark an.
Auf Wunsch besucht Sie unser
Stadtreisender mit reichhal-
tigen Stoffmustern.
Klein Waren-Kredithaus, daher
sehr billige Preise.
Reelle Bedienung.
Auch Sonntags geöffnet.

Ziehung vom 22.-25. November
Wohlfahrts-
Geld-Lotterie
Hauptgewinne: Mark
75000
50000
25000
Lose à 3,30 M. Porto u. Liste
50 Pf. extra.
Oskar Bräuer & Co. Nchf.,
Andreasstr. 46a.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung letztere
einmalig 13,50 M.
Herren-Garderoben
Erlaubt die Kunst.
Anfertigung nach Maass.
Lebenslange Haltbarkeit.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, 11
Wannsee-Strandbad-Str.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4
Wieder billiger, da großer Fang. Per
N. Franko. 1/2 Paß in n. Größe bis
425 Voll-
Fett-Salzer. In sortiert
Orig.-M. Extra ff. Dauerw. Beste zu
Pellkart. und Marinieren 10 Mark!
1/2 Paß 3/4, 1.00 à 2/4. Ueber 1000
Büchel. 2/4, 60 Rollm. 2/4, 70 Brat-
beringe 2/4, Mark.
L. Degener, Fischerei-Export.
Swinmünde 17a.

Pelzwaren
Woll aus der Fabrik, auch im Einzel-
verkauf zu Engrospreisen.
Stolas,
Kostiers,
Muffen, sehr schön
garn. Damenhüte,
Baretts, Herren-
Knaben- und Mäd-
chen - Garnituren,
Fussäcke, Jagd-
taschen, Pelztopp.
Sämtl. gangbaren
Pelzarten a. Lager.
Große Auswahl.
Bestes Material.
Keine Vorkasse,
keine Reklamieren
oder lognannte
Gelegenheitskäufe,
trotzdem billiger.
F. Kalman,
Kürschner-
meister,
jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1,
gegenüber Poststr., beim Dönhofsplatz.
Besuch am Sonntag u. Wochentags
bis 9 Uhr abends. Telefon 1 3017.

Von jetzt an befindet
sich das
Frankfurter Waren-Kredit-Baus
VON
M. H. Stier
Prinzenstr. 55.
1 Mark Anzahlung,
Abzahlung 50 Pfg.
Wäsche, Gardinen,
Spiegel, Bilder.
Ferner
Betten, Toppiche,
Portiüren, Stopp-
decken, Läufer,
Uhren, Herren-Garderobe, Kostüm-
röcke, Blusen, Gas- und
Petroleumkronen, Kinderwagen
bei mäßiger
An- und Abzahlung.
Besuch oder Postkarte erbeten.
Möbel
Zehende schönste Damen-
Herrenstuhle, Kostümröcke, Kostüme,
jezt spottbill. Einzelverkauf. Müntel-
fabrik Lefevre, Mohrenstr. (41).

Versuch macht klug!
Käufen Sie
Schmeißers Sancerre-Würfel dient
nicht, wie vielfach irrtümlich an-
genommen wird, als Zusatz oder Ver-
deckerung für fertige Sauer, sondern
er ist ein rationelles Mittel, welches
selbst ohne irgend welche weitere Zu-
satz Heberall zu haben. 6824*
M. Schmeißers Nährmittel - Fabrik,
G. m. b. H., Leipzig. Filiale Berlin,
Oranienburgerstr. 17. Amt IIIa 4729.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 1422*
Haut- und Harnleiden,
Frankenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schillingstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Husten, Heiserkeit
warten
Reichels
Hustentropfen
aberrahmend
schnell
und auch
Nur ein, wenn
mit Marz
Medico
best. offen.
Rt. 50 Pf.

Butter! Gänse!
franko per Nachnahme: 10 Pfd.-Riste
Ruhmlich-Naturbutter M. 7,75, 1907er
Spezial-Gänse, vollkommen schlag-
fest, garantiert lebende Kunstst. 10 St.
franko M. 35,—; 1 Schmalzganß ober
4-5 Enten, Bouillards oder Suppen-
bäcker, speckig, geschlachtet, gerupft,
10 Pfd.-Rost franko M. 3,—.
Frau Margules, Sauerstr. 111
pr. Wylewits (Schlesien).

Hygienische
Bekanntmachung. Neues Katalog
in empfehl. viel. Arznei u. Prof. grad. u. ff
H. Unger, Commisarsenlarke
Berlin SW. Friedrichstr. 91/92.
Echte Haarlemer
Blumen-Zwiebeln
als Spezialität: Hyazinthen für
Gläser, preiswerte Hyazinthen.
Lilien, Strohbl. usw. für Garten-
bede empfehlen in bekannter
Güte und Lebensdauer Auswahl
Landsbergerstr. 54,
am Alexanderpl.
Ant VII, 81.

1907er Gänse, Enten
Liefer. fr., gar. leb. Kunstst. 10 große
ganß ausgewacht. Gänse 33 M., 13 gr.
ganß ausgewacht. Enten 20 M., 18 gr.
Schlachthühner 19 M., 15 Kühner,
beide Winterleger, 22 M., 207/11
Schneider, Sauerstr. 111.

Butter! Honig!
Liefer. franko
garant.
naturr. Kuhbutter 10 Pfund-Roll
7,25 M., 10 Pfd.-Dose edl. Vlecken-
honig 4,50 M., 3. Probe 1/2 Butter,
1/2 Dose 3,50 M. Toul. Ander-
mann, Sauerstr. via Bresl. Nr. 6.
Bücherabschluss
Einrichtung, Nachtragung, Bilanz,
Rechnungen, Abrechnungen pro Monat,
Quartal und Jahr, hat in Rechnungssch.
Weigelt, Auguststr. 50 a.

für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 19. November.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anf. 7 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Der letzte Funke.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Leffing. Die närrische Welt. Die stille Forderung.
Berliner. Die tanzenen Männchen.
Theater an der Spree. Am grünen Weg.
Neues Schauspielhaus. Ein Glas Wasser.

Schiller-Theater.
Schiller-Charlottenburg. Gebildete Menschen.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Ruchstuhl.

Neues. Das Ungeheuer.
Kleines. Ein Puppenheim.

Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Vorlesung. Rigoletto.

Reichens. Ganz der Papa.
Königliche Oper. Die verkaufte Braut.

Westen. Die lustige Witwe.
Kammerspiele. Onkel Bernicke.

Trianon. Fräulein Joseette — meine Frau.

Thalia. Die gelbe Gefahr.
Kaiser. Hoffmanns Erzählungen.

Vernhard Rose. Wohlthätigkeits-Vorstellung.

Metropol. Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.

G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.

Rauchen überall gestattet.
Bußtag geschlossen.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:
Die hervorragenden Attraktionen.

9 1/2 Uhr: Der Clou der Saison:
Sylvester Schäffer jr. der berühmte Universal-Künstler.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.

Die tanzenen Männchen.

Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Der Gasthof Joha.
Freitag: Die Jungfrau von Orleans.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Das Ungeheuer.

Donnerstag und Freitag:
Das Ungeheuer.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

Ein Puppenheim. (Nora.)

Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Die Geliebten. (Nora.)
Freitag: Ein idealer Gast.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:

Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Anfang 8 Uhr.

Nachtschl.

Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Wasserfall.
Freitag: Ariemilids Nacht.

Louzing-Theater

Abends 8 Uhr:

Rigoletto.

Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Die Entführung aus dem Serail.
Freitag: Undine.
Sonntag: Rigoletto.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Onkel Bernicke.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.

Schwank in 3 Akten von Marx und Devaldier. Deutsch v. R. Schönuu.

VERNHARD ROSE THEATER

Wohlthätigkeits-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr. Wochenabendspreise.
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Libella.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

Ueber den Brenner nach Venedig.

Invalidenstr. 57-62; Sternwarte.

Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Zentral-Theater.

Gastspiel des Hebbel-Theaters.

Abends 8 Uhr:

Frau Warrens Gewerbe.

Drama in 4 Akten von Cham.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Hoffmanns Erzählungen.

Mittwoch: Geschlossen.

Donnerstag: Bartel Turaker.

Freitag: Bartel Turaker.

Sonntag 4 Uhr: Klein-Däumling.

Abends: Am Tage des Gerichts.

Sonntag nachm.: Geschlossen. Abends: Der Lehmann und sein Pflegekind.

Montag: Am Tage des Gerichts.

Theater an der Spree

Röpenickerstraße 68.

Täglich 8 Uhr:

Am grünen Weg.

Ein Stück betteres Berlin von G. Lee.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.

Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.

G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.

Rauchen überall gestattet.

Bußtag geschlossen.

Auf dem Neckar

die jährliche große Wasserpantomime.

Theater des Zentrums.

Sophien-Edle, Sophienstraße 17/18.

Big früh um Fünfe

v. Aren u. Hippelsh, Musik v. B. Linde.

Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill, Sonnenstr. 16.

Rur eine Aufführung:

Das Rätsel seiner Ehe.

Schausp. n. d. Roman v. H. Krogens.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Morgen: Geschlossen. Sonabend: Ferdinand Nevel, der Reichenräuber.

Palast-Theater

Burgstraße 21.

Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Neuer Spielplan!

Wallat u. Maja, indische Gaukler.

Les 3 Sanowas, Squidbristen.

Zirkus Nr. Herwood.

Bellermanns Brautscha.

Schwank. Ufa. ufo ufo.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 10/20, Rosenh. Tor.

Anfang 8 Uhr.

Das neue November-Programm.

Die urkomische Hundepantomime

„Aus einer kleinen Garnison“, dargestellt von 30 Hunden.

12 erstklass. Spezialitäten 12

Perzinas Affen.

Kunzel: 3 Rabellen.

Theaterbesuchern freier Eintritt.

Rajino-Theater.

Lothringert. 37. Täglich 8 Uhr:

Biederleute.

Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.

Vorher das glanz. bunte Programm.

Sonntag 8 Uhr: Rick Carter.

Trianon-Theater.

Fräulein Joseette — meine Frau.

Anfang 8 Uhr.

Buggentagen

Montzplatz im Theatersaal täglich:

Das neue November-Programm.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Sonntag 7 Uhr. (Sonntag referiert 1 R. Entree 50 Pf.)

Familienbillets a 10 Pf.

Unter Militär-Konzert.

täglich Seder, Pryomarski, Gschik, Neumann, Offener und Lütlich.

Reichshallen-Theater.

Täglich: Stettiner Sänger.

Britton als Gute im Familien-dab

Wannsee.

Anf. Wochent 8. Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr:

Reiterattacke.

Schwank in 3 Akten von Elob her und Rich Friedmann-Kroderich.

Mittwoch: Geschlossen.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Rosmersholm.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)

Dienstag 8 Uhr: Konzertabend Julius Lieban u. Helene Lieban-Glabig.

Donnerstag 8 1/2 Uhr: Richard Wagner-Abend.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Gebildete Menschen.

Vollständ in 3 Aufzügen von Billor Léon.

Mittwoch: Geschlossen.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Gebildete Menschen.

Haben Sie schon

die

Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Zirkus Schumann

Deute, Dienstag, den 19. November,

abends präzis 7 1/2 Uhr:

Das anerkannte Sensations-Programm und

eine wirkliche Novität direkt von Amerika

6 fliegende Banwards.

Alles absolut neue Original-Tricks.

Neu: Die Luft-Boxer.

Chester H. Dieck,

der Universal-Artist und die großartigen neuen Spezialitäten.

Um 9 1/2 Uhr: Zum 51. Male:

Eine Fortf. d. „Lustig. Heidelberger“:

Ein Fest **Auf dem Neckar**

die jährliche große Wasserpantomime.

Theater des Zentrums.

Sophien-Edle, Sophienstraße 17/18.

Big früh um Fünfe

v. Aren u. Hippelsh, Musik v. B. Linde.

Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill, Sonnenstr. 16.

Rur eine Aufführung:

Das Rätsel seiner Ehe.

Schausp. n. d. Roman v. H. Krogens.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Morgen: Geschlossen. Sonabend: Ferdinand Nevel, der Reichenräuber.

Palast-Theater

Burgstraße 21.

Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Neuer Spielplan!

Wallat u. Maja, indische Gaukler.

Les 3 Sanowas, Squidbristen.

Zirkus Nr. Herwood.

Bellermanns Brautscha.

Schwank. Ufa. ufo ufo.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 10/20, Rosenh. Tor.

Anfang 8 Uhr.

Das neue November-Programm.

Die urkomische Hundepantomime

„Aus einer kleinen Garnison“, dargestellt von 30 Hunden.

12 erstklass. Spezialitäten 12

Perzinas Affen.

Kunzel: 3 Rabellen.

Theaterbesuchern freier Eintritt.

Rajino-Theater.

Lothringert. 37. Täglich 8 Uhr:

Biederleute.

Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.

Vorher das glanz. bunte Programm.

Sonntag 8 Uhr: Rick Carter.

Trianon-Theater.

Fräulein Joseette — meine Frau.

Anfang 8 Uhr.

Buggentagen

Montzplatz im Theatersaal täglich:

Das neue November-Programm.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Sonntag 7 Uhr. (Sonntag referiert 1 R. Entree 50 Pf.)

Familienbillets a 10 Pf.

Unter Militär-Konzert.

täglich Seder, Pryomarski, Gschik, Neumann, Offener und Lütlich.

Reichshallen-Theater.

Täglich: Stettiner Sänger.

Britton als Gute im Familien-dab

Wannsee.

Anf. Wochent 8. Sonntags 7 Uhr.

XIII. Saison.

Zirkus Busch

Dienstag, den 19. November,

präz. 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Leit: Die Schulleiterin

Estrolle Preval.

Der Wilder Marshall. — Ein Bombardement im Kriegsbahen. — Orig. japan. Festlichkeit Quo und Cia. — Geshw. Amale. — Geshw. Biffant. — Der Ernst Schumann n. b. neuest. Dressuren.

Um 10 1/2 Uhr: Auf der Hallig.

Die gr. Kunst. Fant. d. Zirk. Busch. Die Wunder der Tiersen. — Das Geheimnis d. tauchenden Sirenen. Vorher das große Programm.

Rixdorfer Theater

Bürgerstr. Bergstraße Nr. 147.

Dienstag, den 19. November:

Die goldene Eva.

Musikspiel in 3 Akten von Schönan und Koppel-Gleich.

Anfang 8 Uhr.

Folies Bergère

Variété Intime

W., Jägerstraße 63 a.

(Telephon I, 4739.)

Donnerstag, den 21. November

abends 8 1/2 Uhr:

Premiere!

Theater Folles Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.

* Rabbi Meseritsch. *

Gunter Teil.

Geteilte Liebe.

Anfang 8 Uhr.

PARODIE-THEATER

Dresdenerstraße No. 97.

Anfang 8 1/2 Uhr:

Der Troubadour. — Monna Vanna. — Zapfenstreich. — Freitag, den 22. November: Premiere: Das Ungeheuer.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.

Sum 100. Male:

Madame Wig-Wag

Operetten-Darb. Musik v. L. Zial.

Sum 124. Male:

Es lebe das Nachtleben!

Separat-Bühne in 2 Akten.

Geleide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld.

Elysium

Landsberger Allee 40-41.

Jeden Sonntag

Großer Ball

Ballmusik zwei Kapellen

Anfang 4 Uhr. Entree frei.

Jeden Mittwoch

Harburger Sänger.

Freitag. Vorkursarten 10 Pf.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Goldbrille“.

Sonnabend, 23. Nov., in der Neuen Welt, Hafenside 108/114:

Kunstabend

unter glücklicher Mitwirkung der herzoglich bra

Orts-Krankenkasse der Klempner.
Am Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15, Saal I, eine **Versammlung** der großjährigen Mitglieder unserer Kasse beauftragt durch den **180 Vertreter** für das Jahr 1908 statt.
Das Quittungsbuch legitimiert.
Am **Wittwoch**, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, findet **Söyenerstr. 100** eine **Versammlung der Arbeitgeber**, welche Beiträge für angemeldete Mitglieder zu unserer Kasse leisten, beauftragt durch **90 Vertreter** per 1908 statt.
Die Arbeitgeber können sich auch durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamte vertreten lassen.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.
Wittwoch, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr: 279/4
Ordentl. General-Versammlung in **Dreifeld** **Hesslens**, Neue Friedrichstraße 35.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Neuwahl von drei Vorstandmitgliedern (einem Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmern).
3. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1907.
4. Antrag des Vorstandes auf Änderung des Statuts (§§ 13 u. 37).
5. Verschiedene Stellenangelegenheiten.
Der Vorstand.
A. L. H. Rossmann.

Bäckereigenossenschaft Volksbrot (G. G. m. b. H.)
Die nächste **ordentliche Generalversammlung** findet am **Sonntag**, den 1. Dezember 1907, vormittags 10 Uhr zu **Berlin** im Saale des **Gewerkschaftshaus**, Schreinerstraße 71 statt.
Tages-Ordnung:
1. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 1906/1907. 2. Beschlussfassung über die Gewinn- und Verlustrechnung 1906/1907 und Entlassung. 3. Ergänzung des Aufsichtsrates. 4. Festsetzung des Gewinnbetrages, den die Mitglieder der Genossenschaft nicht überschreiten sollen. 13096
Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind an der Geschäftsstelle, **Wittwoch**, den 14. November 1907, **Bäckereigenossenschaft Volksbrot**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand: P. Banz, Dunder, H. Pfeil, Paul Dallenleben, Köhlmann.

Cigarren zu Engros-Preisen.
Besondere Spezialitäten:
Regina, pikant . . . 3,50
St. Felix Brasil . . . 4,30
Unica, feinst, empfehlenswert . . . 4,80
do. 900 Stück franco . . . 14,-
Forsander, in beiden Farben . . . 5,-
Tamborella, mild . . . 5,50
El Oro, ff. Aroma . . . 6,50
El Campo, Regio-Savanna . . . 6,-
Helena, Havana-Einlage . . . 7,50
Verlangt geg. Nachnahme, 300 St. franco.
Nichtzustandenes nehmen zurück.
Rauscher & Fabisch,
Berlin NW. 62, Kantstraße 24, I. Etz.

BERLINER ARBEITSSTÄTTEN-LOTTERIE.
Ziehung am 14. Dezember in Berlin.
Gesamtbetrag 4.600.000 Mk.
10000 erster Hauptgew. 1. W. v. Mark
5000 zweiter Hauptgew. 1. W. v. Mark
1000
Kleinstes Gew. 1. W. v. Mk. 5.-
Lose à 20 Pfg., 11 Stück à 3 Mk.
Porto und Gewinnliste 20 Pfg. extra, z. haben b. General-Debit
Paul Steinberg & Co., G. m. b. H.
Bankgeschäft.
Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12,
und b. all. durch Filialen besond.
Lotterie- u. Cigarren-Geschäften.

Damen,
Ein viel Geld sparen wollen, kaufen ihre Hüte, Kostüme, Jackets, Röcke o. c. im Engros-Geschäft von **A. Schwarz** für die Hälfte des regulären Preises **Waldmannstr. 1, Ecke Landbergerstr.**
I. Ftg. Kein Laden. Gr. Lager.
Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Telef. 1. 214 u. Halls-Krankenfällen.
Berlin C., 58012
30. Finien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Fäden, angenehm u. leicht am Körper.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im **Moabiter Gesellschaftshaus**, Diefenbachstr. 21:
Oeffentliche Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Störmer** über: „Schule, Kirche, Arbeiter-schaft“. 2. Diskussion.
Gäste — auch Damen — willkommen. Zu zahlreichem Besuch ladet ein
288/3*
Der Vorstand.

Genossinnen! 6. Wahlkreis. Genossen!
Dienstag, den 19. November cr., abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
im „Zwinemünder Gesellschaftshaus“, Zwinemünderstr. 42.
Tagesordnung: 1. Kirche, Schule und Familie. Referent: Genosse **Adolf Hoffmann**.
2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, erwartet

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
Berlin II.
Mittwoch, den 20. November, vorm. 10 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Gewerkschaftliches. 181/20
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, bei **Thiel, Bergstr. 151/152**:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Zietsch** und Verbands-Angelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.
98/4

Berliner Genossenschafts-Bäckerei
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, **Berichtstraße 23**:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates; Vorlegung der Bilanz und Beschlussfassung über dieselbe. 2. Entlassung des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Neuwahlen. 4. Statutenänderungen. 5. Anträge und Verschiedenes. 146/15
Die Bilanz liegt für die Mitglieder im **Kontor**, **Berichtstraße 23**, zur Einsicht aus.
Der Vorstand: H. Michaelis, Paul Benz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 20. November, nachmittags 4 Uhr:
Urania-Vorstellung.
Zum Vortrag gelangt: **Ueber den Brenner nach Venedig.**
Billetts sind auf dem **Verbandsbureau**, Engel-Ufer 15 I, Zimmer 11, zu haben. Die Ortsverwaltung.
Johannisthaler Volksgarten u. Festsäle Gebr. Senfleben.
Am **Freitag** wie alljährlich **frische Blut- u. Leberwurst.**
Wachstumsbock Gebr. Senfleben.

Die allerbeste Puppe
erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der **Puppen-Fabrik Otto Kreyszig** früher **Brunnenstr. 83** Brunnenstr. 116.
Reparaturen beim Einkauf von Ersatzteilen gratis!

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung
Heller elegante, fertige **herren-Moden.**
Erste 12r. Mass.
Mass-Anfertigung
Schnell Verarbeitung.
Garantie tauschbarer Stk.
J. Kurzberg,
Hauptgeschäft: Rosenthalerstr. 40/41, am Hackeschen Markt.
2. Geschäft: A. d. Jannowbrücke 1, I.
Kein Waren-Kreditkauf.

Gesunde Eltern! Gesunde Kinder!
Haemacolade schafft beides!
Der Vorstand: Wolf, Vorsitzender.

Die Einderufen.
Sage hiermit allen Freunden, Verwandten sowie dem Gesangsverein und **Bahndirektion** **Petershagen** und Umgebung, ferner allen Kollegen meinen herzlichsten Dank für die freundliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes. 8002
Witwe Marie Siewert.

Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins.
Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr, im **Lokale des Herrn Dalg**, SO., Eshlauerstraße 52/53:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl für 1 Vorstandsmittglied für Arbeitnehmer auf 1 Jahr.
2. Wahl für 2 Vorstandsmittglieder für Arbeitnehmer auf 2 Jahre.
3. Wahl für 1 Vorstandsmittglied für Arbeitgeber auf 2 Jahre.
4. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses für das Jahr 1907.
5. Verschiedenes. 14036
Salzmann, 1. Vorsitzender.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Wilmerdorf und Umgegend
Wilmerdorf bei Berlin.
Einladung.
Nach § 50 des Statuts ist eine Ergänzungswahl der Vertreter zur Generalversammlung erforderlich und zwar für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1909.
Es sind von den Kassennmitgliedern für ausgeübene Delegationen 14 Vertreter zu wählen.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassennmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Sämtliche wahlberechtigte Kassennmitglieder werden zu einem zweifachen Vornahme der Wahlen am **Wittwoch**, den 27. November 1907, abends 8 Uhr, im **Viktoria-Garten** hierseits, **Wilhelmsau**, stattfindenden Termine hierdurch mit der Aufforderung eingeladen, zur Legitimation ihre Stimmkarten mitzubringen. 279/3
Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel in einem Wahlgeheimnis in der Weise vorgenommen, dass jeder Stimmzettel soviel Namen auf einen Stimmzettel schreibt, wie Vertreter zu wählen sind. **Wilmerdorf b. Berlin**, den 18. November 1907.
Der Vorstand: P. Hauschke, R. Bieder, Vorsitzender, Schriftführer.

Wittung! Spandau! Wittung!
Allgem. Orts-Krankenkasse.
Am **Montag**, 25. November, findet im **Hotel „Roter Adler“** eine **Mitglieder-Versammlung** zur Wahl der Vertreter für 1908 statt.
Es sind zu wählen:
a) 49 Arbeitgebersvertreter und 49 Stellvertreter derselben;
b) 99 Arbeitnehmervertreter und 99 Stellvertreter derselben.
Arbeitgeber u. Arbeitnehmer wählen in getrennter Wählerversammlung.
Daran anschließend eine **General-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission.
2. Neuwahl des Vorstandes a) 2 Arbeitgeber, b) 4 Arbeitnehmer.
3. Stellungnahme zum Verbands.
4. Genehmigung der Beiträge mit den Arbeitgebern und Beamten.
5. Verschiedenes. 279/2
Der Vorstand: Wolf, Vorsitzender.

Wittung! Spandau! Wittung!
Allgem. Orts-Krankenkasse.
Am **Montag**, 25. November, findet im **Hotel „Roter Adler“** eine **Mitglieder-Versammlung** zur Wahl der Vertreter für 1908 statt.
Es sind zu wählen:
a) 49 Arbeitgebersvertreter und 49 Stellvertreter derselben;
b) 99 Arbeitnehmervertreter und 99 Stellvertreter derselben.
Arbeitgeber u. Arbeitnehmer wählen in getrennter Wählerversammlung.
Daran anschließend eine **General-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission.
2. Neuwahl des Vorstandes a) 2 Arbeitgeber, b) 4 Arbeitnehmer.
3. Stellungnahme zum Verbands.
4. Genehmigung der Beiträge mit den Arbeitgebern und Beamten.
5. Verschiedenes. 279/2
Der Vorstand: Wolf, Vorsitzender.

Wittung! Spandau! Wittung!
Allgem. Orts-Krankenkasse.
Am **Montag**, 25. November, findet im **Hotel „Roter Adler“** eine **Mitglieder-Versammlung** zur Wahl der Vertreter für 1908 statt.
Es sind zu wählen:
a) 49 Arbeitgebersvertreter und 49 Stellvertreter derselben;
b) 99 Arbeitnehmervertreter und 99 Stellvertreter derselben.
Arbeitgeber u. Arbeitnehmer wählen in getrennter Wählerversammlung.
Daran anschließend eine **General-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission.
2. Neuwahl des Vorstandes a) 2 Arbeitgeber, b) 4 Arbeitnehmer.
3. Stellungnahme zum Verbands.
4. Genehmigung der Beiträge mit den Arbeitgebern und Beamten.
5. Verschiedenes. 279/2
Der Vorstand: Wolf, Vorsitzender.

Damenpenden
Häcker, Ddb. von 60 Pf. an, Wägen, Ddb. von 25 Pf. an. Originelle Füllartikel, Anstecksachen usw., Knallbonbons Ddb. 20 Pf. an. (224)*
Girlanden, Voreinsbedarf all. Art. Vereinen Engrospreise im Rabatt. **Markgrafstr. 90**, Hofgebäude. **Wasser**. Preisliste gratis u. franco.

Hiermit die traurige Nachricht, das mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der städtische Bauaufseher, frühere Zeilmann
Paul Kreckow
nach längerem Leiden am 16. d. M. sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am **Dienstag**, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Kirchhofes, Seelstraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.
Für die trauernden Hinterbliebenen
Margarete Kreckow geb. Stolte.

Verband der freien Gast-u. Schankwirte Deutschlands
Zahlstelle Berlin
Den Kollegen zur Nachricht, das die **Frau des Kollegen Böhmen**,
Anna, geborene Busch nach langen, schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am **Dienstag**, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes, Mariendorf, Lichtentaber Chaussee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
61/5 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 18. November verstarb nach längerem Leiden der Droschken-führer
Emil Rossenbach.
Die Beerdigung findet heute **Dienstag**, den 19. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom **Moabiter Krankenhaus** aus nach dem **Kirchhof der Nazareth-Gemeinde** in **Reinholdsdorf** statt. 14026
Z. H.: **Hermann Gaudicke.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, das unser Kollege
Paul Förster
am 16. d. M., 7 1/2 Uhr, plötzlich verstorben ist. 8032
Die Beerdigung findet am **Wittwoch**, den 20., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom **Trauerhaus Loge** Straße 78 aus statt.
Die Kollegen der Firma **R. u. A. Roller.**

Am 16., mittags 12 Uhr, ver-schied sanft nach langem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau und gute Mutter
Pauline Berendt
geb. **Kruschwitz**
im 48. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bittend zeigen dies tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte nebst Tochter
Johann Berendt
Hilda Berendt.
Die Beerdigung findet **Dienstag**, den 19., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem **St. Kreuz-Kirchhof** in **Mariendorf** statt. 14036

Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschl.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, das die Kollegin
Anna Tillwig
am 15. November gestorben ist
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am **Wittwoch**, den 20. November, mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des neuen **Kirchhofes** am **Mariendorfer Weg**, aus statt. 167/1
Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, das meine liebe Frau
Martha Krüger
geb. **Schulz**
nach langen schweren Leiden und durch den Tod entlassen worden ist.
Der trauernde Gatte
Wilhelm Krüger nebst Kindern.
Die Beerdigung findet **Dienstag**, den 19. d. M., um 2 Uhr, von der Leichenhalle des **Sindow-Krankenhauses** aus statt. 8012

Dankagung.
Für die vielen Beweise untrüger Teilnahme sowie dem Gatte und den Kollegen der Firma **Gäbert** meinen herzlichsten Dank.
Therese Kremer nebst Kindern.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des **Metall-drehers Karl Gratz**
sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Gatte und den Kollegen der Firma **Gäbert** meinen herzlichsten Dank. 679/2
Witwe Gratz nebst Kindern.
Blumen- und Fraubinderei von Robert Meyer,
nur **Mariannen-Straße 2.**

Unserem früheren Bezirksführer
Emil Sechtinger
und seiner jungen Frau zur **Beerdigungsfest** die herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen des 112. Bez.
Zum **25. Ehejubiläum!**
Unserem Bezirksführer und Bezirks-genossen **Herrn. Gries**,
Lorenstr. 2, ein 8fach donnerndes Hoch!
Der 349. I. Bezirk.

Unserem Genossen
Hermann Gries nebst Frau zu ihrem **25. Ehejubiläum** die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des **Stettiner Viertels.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 17. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Wilhelm Klopp
Geblonsdstr. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen **Wittwoch**, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des **Heiland-Friedhofes** in **Pfingstenberg** aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
288/4 Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, das mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwager und Bruder, der Tischler
Otto Bratner
am 16. d. M. sanft entschlafen ist.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an
8042
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am 19. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem neuen **Kirchhof** am **Mariendorfer Weg** statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Mitglied, der Tischler
Otto Bratner
(8. Bezirk) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute **Dienstag**, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen **Kirchhofes** am **Mariendorfer Weg** aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
221/5 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Todes-Anzeigen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das der Kollege, Tischler
Otto Bratner
am **Sonntag**, den 18. November, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am **Dienstag**, den 19. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen **Kirchhofes** am **Mariendorfer Weg**, aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das der Kollege, Tischler
Friedrich Hoppe
am **Sonntag**, den 18. November, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **Dienstag**, den 19. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten **Jacob-Kirchhofes** in **Rixdorf**, **Germanenstr.**, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachrufe!
Den Mitgliedern zur Nachricht, das der Kollege, Tischler
Josef Michel
am 11. November verstorben ist und am 15. November zur letzten Ruhe gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht, das der Kollege, Tischler
Hugo Köhler
am 11. November verstorben ist und am 15. November zur letzten Ruhe gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
98/5 Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Freitag findet eine Herrenpartei statt. Treffpunkt um 9 Uhr in Grünau, Köpenickerstraße (Lokal Jägerheim). Von dort Abmarsch 10 Uhr über Kolonnen-Paradies (Bohndorf), Schulzendorf, Eichwalde, Schmiedewitz usw. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulweg. Heute, Dienstag 8 1/2 Uhr abends, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: Tagesordnung: Die Steuerfrage ohne Ende! Referent: Redakteur K. Bernuth. Diskussion. Wir ersuchen die Genossen, mit ihren Frauen recht zahlreich zu erscheinen und viele uns noch fernstehende mitzubringen, damit der agitatorische Zweck der Versammlung erreicht wird. Der Vorstand.

Oberschneweide. Die Mitgliederversammlung des Wahlbereichs findet heute, Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaufholt statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Ebenfalls werden die Genossen nochmals auf die vom Wahlbereich angeregte Theatervorstellung „Mutterlegen“, welche im „Wilhelminenhof“ stattfindet, hingewiesen. Das Billett kostet 50 Pf. und sind solche noch bei den Bezirksleitern und dem Genossen Ruff zu haben. Der Vorstand.

Brig-Budow. Heute abend 1/2 9 Uhr, findet im Landhaus, Chausseestr. 97 (Wosinski) die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ditzsch über: „Die politische Lage in Preußen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Grünau. Heute, Dienstagabend 9 Uhr, findet in der „Grünen Ede“ die regelmäßige Wahlvereinsversammlung statt. Genosse Groger, Kitzdorf, referiert über das Thema: „Des Deutschen Reiches Herrlichkeit“. Am Totensonntag nachmittags 5 Uhr findet im „Jägerhaus“ ein großer Lichtbildervortrag über den Ausbruch des Roten Beise statt. Die Genossen wollen sich heute abend wie Sonntag rege beteiligen. Billets sind in der heutigen Versammlung zu haben. Der Vorstand.

Adlershof. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von A. Kaul, Dismarckstr. 16 die Mitgliederversammlung des Wahlbereichs statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen S. Müller über: „Die materialistische Geschichtsauffassung“, Diskussion, Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen erwartet. Der Vorstand.

Berlin. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von A. Kaul, Dismarckstr. 16 die Mitgliederversammlung des Wahlbereichs statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen S. Müller über: „Die materialistische Geschichtsauffassung“, Diskussion, Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Markthallen-Deputation

Hielt gestern eine recht wichtige Sitzung ab. Sie galt der Beratung des Etats für 1908, zu dem verschiedene Petitionen der Beamten und Arbeiter vorlagen, der Verlegung der Blumenhalle Lindenstraße nach der Halle 3, Rauerstraße, usw. Von der aus fünf Stadtteilen und zehn Stadtverordneten bestehende Deputation hatten sich bei Beginn der Sitzung um 11 Uhr glücklicherweise zwei Räte und drei Stadtväter eingefunden; im Laufe der Verhandlung fanden sich noch zwei Stadtverordnete ein, die sich jedoch, nachdem sie die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hatten, wieder vertrieben.

Herr Baumgärtel erläuterte zunächst das Projekt des Umbaus der Markthalle 3 zur Blumenhalle; als er am Schluß seiner Ausführungen den Kostenpunkt nannte waren sich die wenigen Herren bald darüber einig, daß man bei einem so schwach besetzten Hause eine so wichtige Sache nicht erledigen könne; die Beschlußfassung wurde denn auch verlagert.

Anders kam es bei der Beratung des Etats und der Petitionen der Beamten und Arbeiter; galt es doch, den Etat so bald als möglich unter Dach und die Forderungen der Arbeiter zu Fall zu bringen. Dem Maschinenmeister wurde eine Erhöhung seines Gehalts um 200 M. zugestimmt; ebenso erhielten die Heizer seit 1883 endlich eine zweite Erhöhung um 100 M., so daß sie 1800 M. erreichen werden. Die Pförtner hatten um eine Gleichstellung mit den Aufsehern petitioniert, da ihr jetziges Gehalt, von 1500 M. steigend bis auf 1000 M. nach 8 Jahren, durchaus nicht für den Unterhalt reichen sollte. Eine Gleichstellung war wiederholt abgelehnt. Genosse Hünke beantragte daher eine Erhöhung des Gehalts um 200 M. Es wurde darauf hingewiesen, daß selbst die Berliner Schulpflicht erhebliche Aufbesserungen erfahren haben; diese beziehen zurzeit ein Anfangsgehalt von 1400 M., steigend auf 1000 M., sowie ein Wohnungsgeld von 360 M. Der Antrag unseres Genossen wurde fast ohne Debatte abgelehnt. Ebenso erging es der Petition der Fahrstuhlwärter, welche den Handwerkerlöhnen und Lampenwärtlern gleichgestellt werden wollten. Auch die ihnen früher gewährte Funktionszulage von 25 Pf. wurde verweigert, da eine Notwendigkeit hierfür — wie der Herr Direktor erklärte — nicht vorhanden sei. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag des Ausschusses der Arbeiter für den Fahrstuhlbetrieb, während der Monate Juni bis November einen achtstündigen Schichtwechsel einzuführen; es muß während dieser Zeit auch in Zukunft elf Stunden gefronde werden.

Herr Hasquell referierte über die Petition der Arbeiter, den Anfangslohn auf 4 M., steigend von 2 zu 2 Jahren bis auf 5 M., festzusetzen; er beantragt diese Forderung rundweg abzulehnen. Das einzige was er bejammern könne, sei, daß den Arbeitern, welche 9 Jahre im Dienst der Stadt sind, der Höchstlohn von 4,50 M., den sie schon in diesem Jahre hätten bekommen müssen, vom 1. April gezahlt werde. Unser Genosse Hünke wies auf die riesige Leuzerung hin, welche es ganz unmöglich mache, eine Familie mit 3,75 M. oder auch selbst mit dem Höchstlohn von 4,50 M. zu ernähren. Eine Erhöhung kann man von mir nicht erwarten, erklärte Herr Sachs, nachdem er irrtümlich für diese gestimmt hatte. „Wem's zu wenig ist, kann gehen,“ ist der Standpunkt des Herrn Michels, den er vor einiger Zeit näher erläuterte.

Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der Arbeiter, den Aufenthaltstrau zu vergrößern. Ein Raum von 35 Quadratmetern dient zur Aufbewahrung der Sachen und Geräte von 37 Mann. Der Raum ist mit 22 Schränken, einem Besenständer, einem Tisch und vier Bänken angefüllt; ein Teil der Arbeiter muß daher seine Mahlzeiten im Stehen einnehmen. Die Luft in dem Raum ist eine ungesunde, denn es wird das Handwerkzeug und die Stiefel die beim Schauern benutzt werden, hier aufbewahrt. Eine Erweiterung des Raumes wäre leicht zu erreichen, wenn ein vermieteter Nebenraum hinzugenommen würde. Da aber 600 M. Miets hierdurch verloren gehen würden, so soll auch hier alles beim Alten bleiben.

Dann wurde der Etat auf 3345 433 M. in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. Den Fahrstuhlwärtlern wurde noch das Tragen des Berliner Wärens an den Diensttagen gestattet und dann die Sitzung in dem Gemüthsstimmung, daß Berlin an der Spitze der Kultur marschiert, geschlossen.

Zwischen den Bankhäusern Bleichröder und Reuburger spielte sich in der letzten Generalversammlung der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft ein Kampf ab, der anlässlich der Besprechung der geplanten Maßnahmen der Verwaltung zu den Beschlüssen der städtischen Verkehrsdeputation zu sehr lauten Ausdruck kam. Das frühere Reuburger Regime hat einer Aera Bleichröder weichen müssen. Bleichröder beherrscht jetzt die Omnibusgesellschaft. Kommen aber auch die Interessen Bleichröders bei der Großen Berliner in Frage und es gibt Aktionäre, die befürchten, Bleichröder könne die Omnibusgesellschaft an die Straßenbahn überführen. Das wollen aber viele Aktionäre nicht, weil sie meinen, bei der Wüststimmung zwischen Stadt und Straßenbahn könnten sie Schaden leiden. Um diese Stimmen zu beruhigen, läßt das Haus Bleichröder wiederum erklären, daß es an eine solche Überführung nicht im geringsten denke, noch jemals gedacht habe.

Ob diese Erklärung unerschütterlich ist?

Die fehlende Schutzvorrichtung. In unserer Sonntagsnummer teilten wir mit, daß der Arbeiter Kettelhaut auf dem Reubau Olibaerplatz 2 in die Tiefe gestürzt ist und hoffnungslos im Krankenhaus darniederliegt. Hierzu bemerkt ein Augenzeuge des Unfalles in einer am Sonntag abgehaltenen Zimmererversammlung. Der Unfall konnte nur deshalb so schwere Folgen haben, weil die Etage unter der Unfallstelle nicht abgedeckt war. Hier war also eine wichtige Unfallverhütungsvorrichtung außer acht gelassen. Wäre die Etage abgedeckt gewesen, so hätte der Verunglückte nur wenige Meter tief fallen und sich bei weitem nicht so schwere Verletzungen zuziehen können, wie es infolge des Fehlens der Schutzvorrichtung leider geschehen ist. Demnach ist die Schwere dieses Unfalles auf das Schaulkonto dessen zu legen, der für die vorschriftsmäßige Abdeckung der Etage zu sorgen hatte.

Die erste Chinesin an der Berliner Universität. Den studierenden Frauen an der Berliner Universität — es sind gegenwärtig 707 gegenüber 600 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres — hat sich soeben eine Tochter des himmlischen Reiches hinzugesellt. Die Chinesin Li-Tzu-Jung, Tochter eines verstorbenen Arztes zu Schanghai. Sie hat eben erst das 17. Lebensjahr vollendet. Ihre Vorbildung genöge sie auf einer höheren Mädchenschule in ihrer Heimat und ergänzte sie dann durch Privatstudien. Die Zulassung zur Universität erfolgte auf besondere Empfehlung des chinesischen Gesandten. Fr. Li-Tzu-Jung, ein hübsches Mädchen mit tiefschwarzem Haar, trägt europäische Kleidung und spricht ziemlich gut deutsch. Sie will sich der deutschen und englischen Literaturgeschichte widmen. Als allgemeinen Zweck ihres Studiums hat sie „Fortbildung“ bezeichnet. Sie wohnt in Charlottenburg zusammen mit einer ihr befreundeten Amerikanerin, die gleichzeitig mit ihr sich hat einschreiben lassen und dasselbe Fach studiert.

Herr Fißched am Rathauspranger.

Uns wird geschrieben: „Mit seinem famosen Prinzip der Abschredungstheorie hinsichtlich der Kummelsburger Sträflinge, die an jedem Freitag rings um das Berliner Rathaus herum Straßensäuberungsdienste verrichten müssen, hat sich Herr Fißched selbst an den Pranger gestellt. Glaubt denn der Herr im Ernst, daß sich auch nur ein einziger derjenigen Männer, die für das Arbeitshaus halb oder ganz reif sind, durch diesen skandalösen öffentlichen Anblick beim Rathaus abhalten lassen wird, seinen verdorbenen Weg weiter zu wandeln? Nein, darauf wird von denen, die viel auf dem Kerbholz haben, gepöffelt. Aber Herr Fißched schlägt sich mit seinen eigenen Waffen. Gerade diejenigen, welche zu diesen wöchentlichen Säuberungsdiensten herangezogen werden, sind nicht die verkommensten, sondern noch verhältnismäßig die besten Sträflinge. Es gilt unter diesen Gefangenen, so sonderbar es klingen mag, als Vergünstigung, sich allwöchentlich einmal wieder Berlin ansehen zu dürfen. Und tatsächlich werden nur solche Sträflinge, die sich besonders gut geführt haben und die nicht im Verdacht stehen, nach Berlin mitgenommen zu werden. Aber darum handelt es sich viel weniger, ob diese Menschen die öffentliche Bloßstellung so sehr empfinden. Wohl nur ganz selten ist einer von ihnen durch sein Kleid, aus dem es kaum eine Rettung mehr gibt, noch nicht so abgestumpft, daß er für das Schmachvolle des Prangers noch Verständnis und Gefühl hat. Eine andere Frage ist doch die, ob die Verwaltung der „Stadt der Intelligenz und der Aufklärung“, die sich sonst in Humanität äußerlich nicht genug hervortun kann, ein Recht hat, in dieser Weise die Öffentlichkeit zu beleidigen. Mit demselben fragwürdigen Rechte könnten schließlich Hundert und noch mehr Kummelsburger Sträflinge auf den Straßen Berlins als Müll benutzt werden. Muß sich die Stadt Berlin nicht schämen, so mittelalterlich rückständig zu sein? Wird da nicht das vielbekrittelte Wort von der „rückständigsten Stadt der Welt“ wieder mal zur großen Wahrheit? Berlin müßte sich doch schon vor den vielen Fremden, die hier Gastfreundschaft suchen, einigermaßen genieren, ihnen solchen Anblick zugleich mit dem Rathaus zu präsentieren. Hoffentlich ist in der Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen. Sonst kann man erwarten, daß bei großen Empfängen im Rathaus auch mal Sträflinge in bunten Stadtlivree gestellt werden.“

Wir können im wesentlichen diesen Darlegungen nur zustimmen.

In den Landwehrkanal gesprungen. Großes Aufsehen rief am letzten Sonntag am Tempelhofer Ufer die Tat einer jungen Selbstmörderin hervor. Die Lebensmüde, die etwa 17 Jahre altes Mädchen, war eine Zeitlang vor dem Grundstück Tempelhofer Ufer 10 aufgeregter hin und hergelaufen und plötzlich kletterte sie über das Geländer hinweg und sprang vor den Augen zahlreicher Passanten in den Schiffahrtskanal hinab. Man warf der Ertrinkenden den Rettungsring zu, den sie aber nicht mehr zu fassen vermochte. Sie sank unter und ertrank. Ihre Leiche konnte nach nicht gelandet werden. Bekleidet war die Selbstmörderin mit rotbraunem Jackett, dunklem Rock und rotem Glöckchenhut.

Bei der Sonntag stattgefundenen Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse des Schlächtergewerbes siegte die Liste des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsangehörigen Deutschlands mit 412 gegen 204 Stimmen. Die „Gelben“ haben im letzten Augenblick noch alles mögliche aufgeboten, um zum Siege zu gelangen, doch es half nichts.

Selbstmord einer Greisin. Gestern früh 1/2 9 Uhr stürzte sich aus dem Fenster des vierten Stockwerkes im Hinterhaus N. Hamburgerstr. 10 die 74-jährige Mutter der dort wohnhaften Frau Scholz in den Hof hinab. Die nur mit dem Hemd bekleidete Greisin war sofort tot. Sie war erst vor einigen Tagen von ihrer Tochter aus ihrer Heimat nach Berlin geholt worden, um ihr bessere Pflege und Aussicht abzugeben zu lassen. Die Leiche wurde dem Schauhause zugeführt.

Auf der Fahrt nach Berlin an Blutvergiftung gestorben ist des 19 Jahre alte Schifferknecht Robert Bornisch aus Zerpenschleuse der sich vor etwa vierzehn Tagen eine Verletzung am Daumen der rechten Hand zugezogen hatte. Er ließ die nur unbedeutende Wunde unbeachtet, auch nachdem die Hand und schließlich der Arm anzuschwellen begann. Da er jedoch mit seinem Arm nicht mehr arbeiten konnte, die Schwellung sich auch auf die rechte Körperhälfte ausdehnte, so wollte er am Sonnabend die Hilfe der königlichen Klinik in der Biegelstraße in Anspruch nehmen. Er benutzte zur Fahrt nach der Reichshauptstadt einen Zug der Liebenwalder Bahn, vermochte jedoch in Reinickendorf, wo er umsteigen mußte, den Waggon nicht zu verlassen. Beamte brachten den Erkrankten nach dem Stationsbureau und von dort sollte er mittels Transportwagens nach einem Krankenhaus gebracht werden. Bevor jedoch der Wagen zur Stelle kam, war bereits der Tod des Bornisch eingetreten. Er war, wie ein hinzugerufener Arzt feststellte, an Blutvergiftung gestorben.

Fast gleichzeitig verunglückt sind in der vorgestrigen Nacht beim Besteigen resp. Verlassen fahrender Straßenbahnwagen drei Personen. Um 11 Uhr wollte der Stud. med. Knaut an der Ecke der Pallas- und Goltstraße die Vorderplattform eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens besteigen, glitt von dem Treittrepp ab und kam unter die Plattform zu liegen. Er erlitt Verletzungen im Gesicht, am linken Ellenbogen und eine leichte Brustquetschung. Der Verunglückte fand Aufnahme im Friedenauer Krankenhaus. — Zu derselben Zeit wollte der Kaufmann Raabe aus Charlottenburg an der Ecke der Linien- und Neuen Königstraße etwa 30 Meter vor der Haltestelle einen Straßenbahnwagen der Linie 59 besteigen. Er glitt ab und kam mit beiden Beinen unter den Schuprahmen des Anhängers. R. erlitt erhebliche Quetschungen beider Unterschenkel. — Ebenfalls zu derselben Zeit sprang der Reisende Kühne, Babelsstraße 23 wohnhaft, am Leipziger Platz von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 88, stürzte, und fiel so unglücklich, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Er wurde nach seiner Wohnuna übergeführt.

Eine Gruselgeschichte

erzählen einige Berliner Blätter über die Ursachen, die vor einiger Zeit zu der Verhaftung eines Russen geführt hätten. Die Verhaftung des Mannes, der sich Niroki genannt haben soll, sei auf Grund des Sprengstoffgesetzes erfolgt. Bei ihm will man einen Koffer mit doppeltem Boden gefunden haben. Auf dem ersten Boden hätte man acht Pakete mit Sprengstoffen und 200 Drähte elektrischer Fernzunder „entdeckt“; auch einige Päckchen Blättchenpulver hätten dabei gelegen. Der zweite Boden sei mit Kleidungsstücken und anderen leichten Sachen bedeckt gewesen. Die Polizei nimmt an, daß der Name Niroki nicht der richtige ist. Die ganze Meldung trägt so sehr den Stempel der Polizeinotiz an der Stirn, daß man gut tut, ihr von vornherein ungläubig gegenüberzutreten. Aber es gibt in Berlin Blätter, denen keine Meldung ungeheuerlich genug erscheint, um sie den Lesern mit der richtigen Sauce vorzusetzen. Zu diesen Blättern gehört in erster Linie das „Deutsche Blatt“. Mit Zuhilfenahme einer großen Portion Polizeiphantasie erzählt es seinen Lesern, welcher fürchterlichen Gefahr sie entronnen seien durch unsere fürsorglich wachende — politische Polizei. Den Leser muß beim Lesen dieses ungeheuerlichen Schwindels geradezu eine Gänsehaut überlaufen. Wir verlagen uns die Mühe, auf dieses Ragout näher einzugehen, wollen nur unser Bedauern über die Leser aussprechen, die sich solches Zeug bieten lassen; leider sind es auch noch Arbeiter, die zu den Abonnenten dieses Blattes gehören.

Regulierung des Verkehrs an der Kreuzstraße.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Verkehrsverhältnisse an der Ecke der Friedrichstraße und Unter den Linden haben sich mit der Zeit immer schwieriger gestaltet. Der Polizeipräsident v. Porries hat deshalb angeordnet, daß der Verkehr an jener Ecke ähnlich wie auf dem Potsdamer Platz durch ein verstärktes Schutzmännchenkommando geregelt werden soll; das Zeichen zur Absperrung der verschiedenen Fahrrichtungen wird mit einer Huppe gegeben werden.

Berliner Volkstheater.

Heute abend 8 1/2 Uhr findet in der „Neuen Welt“, Hasenheide, die erste Aufführung von Haydn's „Schöpfung“ statt mit den Solisten Frau Seyff-Kaymaier (Wien), den Herren Hofopernsänger Jäger und Plaische (Dresden). Zu dieser Aufführung sind noch Einlaßkarten an der Abendkasse zu erhalten, während zu der Wiederholung am Freitag sämtliche Karten vergriffen sind. Am Freitag findet daher eine Abendkasse nur statt, sofern Einlaßkarten zur Rückgabe gelangen.

Der Gesangverein „Nordwacht“ (M. d. A.-S.-V.) veranstaltet am Mittwoch, den 20. November (Vortrag), sein drittes Künstlerkonzert im großen Saale der Germania-Prachtstraße, Chausseestr. 110. Es wirken u. a. mit: das Sinfonie-Orchester des Herrn G. Vogel, Violinist Herr A. Altmann und Frau Margarete Wallsteil. Außerdem wird auch „La belle Fields“, oder die indische Nachtigall, die gegenwärtig im Puffageheater mit großem Erfolg auftritt, einige Lieder aus ihrem Repertoire zum besten geben. Das ausgewählte Programm garantiert den Besuchern einen genussreichen Abend. Der Anfang des Konzerts ist präzis 7 1/2 Uhr.

Personen, die am 14. November abends kurz vor 6 Uhr zwischen der Kochowstraße und Hohenlohestraße Zeugen eines Vorfalls waren, der sich zwischen einem Erwachsenen und einem Knaben abspielte, werden um Angabe ihrer Adresse an Otto Thielemann, Stralauer Allee 23, rechter Seitenflügel II gebeten.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete gestern abend in der Lybenerstr. 1, Ecke der Danzigerstraße. Als die von verschiedenen Seiten alarmierte Wehr eintraf, stand schon der Vorderdachstuhl fast in ganzer Ausdehnung in Flammen. Brandmeister Raeder ließ daher sofort von zwei Seiten aus mit vier Schlauchleitungen Wasser geben. Der Löschangriff gestaltete sich infolgedessen schwierig, daß bald eine starke Rauchentwicklung entstand. Trotzdem die Treppen ebenfalls in kurzer Zeit total verqualmt waren, blieben die Retter ruhig. Nach zweistündiger Arbeit war das Feuer erstickt. Ein großer Teil des Dachstuhls ist vernichtet. Ueber die Entstehungsursache konnte noch nichts festgestellt werden.

Feuerwehrbericht. Schwere Brandverletzungen erlitt am Sonntagvormittag Frau Hedwig Kruse bei einem Brande, der gegen 11 Uhr in der Behmsstr. 40 ausgebrochen war. Dort brannten Möbel, Betten u. a. Bei dem Bemühen, die Flammen zu löschen, erlitt die Frau Brandwunden an beiden Unterschenkeln und am Knie. Der Feuerwehr gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Frau mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Wegen eines Dachstuhlbrandes erfolgte ein Alarm nach der Chausseestr. 88. Dort war in einem Kesselhause Feuer ausgebrochen, wobei die Flammen das Dach ergriffen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand zu löschen. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Köpenickerstraße 126 zu tun, wo in einer Küche Feuer entstanden war, das Möbel, Handtücher u. a. erfaßt hatte. Früh um 6 Uhr brannten in der Dudenarstr. 35 in einer Wohnung Betten, Matrassen und Möbel. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde der 11. Zug nach der Willibald Allee 10 gerufen. Schaldecken, Wäffen, Fußböden u. a. standen in der Anklamersstr. 32 in Flammen. Der 1. Zug hatte in der Georgenstraße 31 zu tun, wo durch Unvorsichtigkeit Feuer ausgebrochen war. Ferner waren noch Feuermeldungen aus der Köpenickerstr. 20, Miniersstr. 150, Vernauerstr. 21 und Stoglyerstr. 13 eingelaufen, wo Möbel usw. in Brand geraten waren.

Am Sonntagabend während der Vorstellung vom „Postillon von Longumeau“ geriet um 9 Uhr im zweiten Akt im königl. Opernhaus auf der Bühne ein Blumenstrauß in Brand. Der anwesende Feuerwehrpropost löschte die Flammen. Gestern früh um 4 Uhr kam am Kottbuserdamm 8 Feuer aus. Kohlen, Kleider u. a. waren in einer Küche in Brand geraten. Zwei gefährdete Personen wurden nach der Ankunft der Feuerwehr von Hausbewohnern in Sicherheit gebracht. Sie hatten durch Qualm etwas geistert. Heute vormittag um 8 Uhr versuchte sich ein Mann in dem Hause am Grün Weg 63 mit Thyol zu vergiften. Die Feuerwehr konnte nicht helfen und übergab den Mann der Polizei, die für ärztliche Hilfe sorgte. Vor dem Hause Reue Königstr. 70 wurde ein Mann von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren. Der Verletzte wurde nach der Unfallstation in der Alten Schützenstraße gebracht. In der Reichenbergerstraße 60, Habelbergerstr. 40 und Wilowstr. 89 hatte die Feuerwehr drei gleiche Brände zu löschen. Wäffen, Fußböden, Schaldecken usw. standen dort in Flammen.

